Silvia Müller

Der Rundfunk als Herrschaftsinstrument der SED

1. Forschungsstand
2. Rundfunk in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) 1945 bis 1948
3. Der kalte Rundfunkkrieg 1946/47
4. Auf Linie gebracht – Kaderpolitik und Parteisäuberung im Rundfunk 1949 bis 1951
5. Die Zentralisierung des Rundfunksystems – Bildung des staatlichen Rundfunkkomitees 1952
6. „Der Hörer sagt unsere Meinung" – Auswirkungen des 17. Juni 1953 im DDR-Rundfunk
7. Der zentralisierte Hörfunk im Spannungsfeld zwischen Umerziehungs- und Unterhaltungsmedium – Aufbau der Grundstruktur des Hörfunksystems der DDR in den 50er Jahren
8. „Ohne gute Nachrichten – keine gute Publizistik" – Der 13. August 1961: Mauerbau
9. Zwischen Anpassung und Opposition – SED-Hörfunkpolitik der 60er Jahre
10. Frühling in Prag – Eiszeit im Funkhaus – SED-Hörfunkpolitik während der Invasion der CSSR 1968
11. Zwischen Entspannung und Abgrenzung – SED-Hörfunkpolitik der 70er Jahre
12. Die Ausbürgerung Wolf Biermanns und ihre Folgen im Staatlichen Komitee für Rundfunk (November 1976)
13. Die Sprengkraft der KSZE-Schlußakte für die Innenpolitik der DDR – Die Behandlung von Mitarbeitern mit Ausreiseanträgen und systemkritischen Haltungen im Hörfunkbereich 1975 bis 1989
14. Zusammenfassende Thesen zur Rolle der Ideologie in der DDR, insbesondere ihrer ausgeprägten Form in den 80er Jahren

Zusammenfassung

1. *Forschungsstand*

Es liegt weder eine geschlossene Darstellung der Geschichte des DDR-Rundfunks noch eine umfassende Analyse der Herrschaftstechniken im Medienbereich vor. Die wissenschaftliche Erforschung des Hörfunks der DDR

bleibt hinter der des Fernsehens oder der Presse weit zurück. Knappe Übersichten liefern einige Artikel des „DDR-Handbuchs“ zu den Bereichen „Medienpolitik“, „Rundfunk“, „Agitation und Propaganda“. Gerhard Walther behandelt in seinem Buch „Der Rundfunk in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“ die Einbindung des Hörfunks in den Staatsapparat. Bis in die 70er Jahre war dies die einzige Monographie über den DDR-Hörfunk. Nur bedingt verwendbar für die wissenschaftliche Aufarbeitung sind die vom Lektorat für Rundfunkgeschichte beim Staatlichen Komitee für Rundfunk beim Ministerrat der DDR herausgegebenen „Beiträge zur Geschichte des DDR-Rundfunks“, da sie in der Darstellung wesentlicher politischer Einschnitte der offiziellen, verfälschenden bzw. Fakten weglassenden DDR-Geschichtsschreibung entsprechen. Auch die Monographie von Heide Riedel, „Hörfunk und Fernsehen in der DDR“, Funktion, Struktur und Programm des Rundfunks in der DDR, Köln 1977 lehnt sich zu stark an die gängige Epochisierung und Wertung der DDR-Geschichtsschreibung an und enthält zudem zahlreiche Datierungsfehler und unzureichende Recherchen.

Wichtige Anhaltspunkte und Orientierung bieten drei Veröffentlichungen der 80er Jahre, in denen vor allem wissenschaftliche Studien und publizistische Materialien ausgewertet werden:

Ansgar Diller: „Presse und Rundfunk im politischen System der DDR“, Geschichte – Struktur – Funktion, in: Jürgen Weber (Bearb.): „DDR – Bundesrepublik Deutschland“. Beiträge zu einer vergleichenden Analyse ihrer politischen Systeme, München 1980 sowie Gunter Holzweißig: „Massenmedien in der DDR“, Berlin 1983. Rolf Geserick: „40 Jahre Presse, Rundfunk und Kommunikationspolitik in der DDR“, München 1989, untersucht das Beziehungsgeflecht zwischen Wissenschaft, staatlich-politischer Leitung und öffentlicher Kommunikation. Ergänzung durch neuere Ergebnisse geschichtlicher Aufarbeitung bietet ein noch laufendes Projekt des Adolf-Grimme-Institutes des Deutschen Volkshochschulverbandes e.V., Marl, „Unsere Medien – Unsere Republik“, Teil 2, Deutsche Selbst- und Fremdbilder in den Medien von BRD und DDR, an dem sich auch die Autorin beteiligt hat. Bislang sind sechs Hefte in dieser Reihe erschienen.

Als wesentliche Forschungslücke ist die systematische Analyse des Agitations-, Propaganda- und Schulungssystems der DDR vom „Parteilehrjahr“ bis zur gewerkschaftlichen „Schule der sozialistischen Arbeit“ sowie der zentralen Anleitung durch die „Argumentationen“ der Abteilung Agitation und Propaganda beim Politbüro des ZK der SED, durch Intendantentagungen, Chefredakteurskonferenzen, zentrale Pressekonferenzen des ZK der SED, Journalistenkongresse etc. zu benennen. Gleichfalls darf die Wirkung der ideologischen Beeinflussung auf die DDR-Bevölkerung gründlicher empirischer Untersuchung durch Fallstudien.

Die vorliegende Expertise kann in ihrem eng gesetzen Rahmen die vorhande-

nen Forschungslücken natürlich nicht schließen. Ausgewertet hat die Autorin vor allem erst seit 1989/90 zugängliche Dokumente aus dem Bundesarchiv Potsdam (ehemaliges Staatsarchiv der DDR), dem Historischen Arichiv des Rundfunks der DDR (jetzt Rundfunkarchiv Ost/Servicegesellschaft Archiv und Medien Berlin) und dem ehemaligen Zentralen Parteiarchiv der SED (IfGA/ZPA), jetzt: Stiftung „Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" im Bundesarchiv.

Die Autorin ist Mitbegründerin der „Rehabilitierungskommission", die sich auf Veranlassung des Hörfunkrates im Mai 1990 im Funkhaus Nalepastraße gebildet hat und seit 1991 zusätzlich die Rehabilitierungsanträge von ehemaligen Mitarbeitern des DDR-Fernsehens bearbeitet. So war es möglich, in die vorliegende Expertise eine Vielzahl unveröffentlicher Dokumente aus dem Bestand der „Rehabilitierungskomission der ehemaligen Einrichtung gemäß Artikel 36 des Einigungsvertrages" über Einzelschicksale ehemaliger Hörfunkmitarbeiter einzubeziehen, an denen sich die Herrschaftstechniken im zentralen SED-Hörfunk verdeutlichen lassen.

2. *Rundfunk in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) 1945 bis 1948*

Bereits am Abend des 13. Mai 1945 schallte es mittels Übertragungswagen aus dem Berlin-Tegeler Sender: „Achtung! Achtung! Hier spricht Berlin – auf Wellenlänge 356 Meter!"[1] Matheus Klein, ehemaliges Mitglied des „Nationalkomitees Freies Deutschland" verlas die in Berlin-Karlshorst am 8. Mai 1945 unterzeichnete Kapitulationsurkunde. Anschließend wurden die Nationalhymnen der vier Alliierten gespielt. Die Sowjetische Militäradministration (SMAD) hatte den mit der „Gruppe Ulbricht" aus Moskau zurückgekehrten KPD-Funktionär Hans Mahle (1943 bis 1945 stellvertretender Chefredakteur des Senders „Freies Deutschland" in Moskau)[2] als ersten Leiter des „Berliner Rundfunks" eingesetzt. Die Kontrolle des schon nach einer Woche 19stündigen Programms aus dem alten Berliner Funkhaus in der Masurenallee[3] – ab Juli 1945 eine sowjetische Enklave im britischen Sektor – oblag sowjetischen Kulturoffizieren.

Am 22.09.1945 nahm der Sender Leipzig die Arbeit auf (ab 27.10.1945 unter dem Namen „Mitteldeutscher Rundfunk"). Zwischen Dezember 1945 und

1 DDR-Handbuch. Herausgegeben vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Köln 1985 (3. Aufl.), 2 Bände; Rundfunk im Umbruch. Ein Beitrag zur deutschen Einheit, Bonn 1991; Erinnerungen sozialistischer Rundfunkpioniere. Ausgewählte Erlebnisberichte zum 30. Rundfunkjubiläum. Herausgegeben vom Lektorat für Rundfunkgeschichte, Berlin 1975, S. 21.

2 Vgl. Wolfgang Leonhard: Spurensuche. Vierzig Jahre nach Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1992, S. 274: Der Sender „Freies Deutschland" wurde im August 1943 eingerichtet und von Anton Ackermann geleitet.

3 Heute Sitz des SFB.

Dezember 1946 bildeten sich gemäß der Verwaltungsstruktur der SBZ fünf Landessender mit eigenen Programmanteilen und zunächst täglich zwei bis drei Stunden Sendezeit.[4] Am 22.12.1945 übergab die SMAD (unter Aufrechterhaltung ihrer Kontrolle und Zensur) die Leitung des Rundfunkwesens der am 10.08.1945 gebildeten Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung (DVfV) unter Paul Wandel. Vier Monate nach dem Zusammenschluß von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) im April 1946 zeigt sich eine der föderativ demokratischen Struktur gegenläufige Tendenz: Ab 15. August 1946 wurde das Rundfunkreferat aus der DVfV herausgelöst und eine „Generalintendanz für die Rundfunksender in der SBZ“ eingerichtet. Wenngleich die Regionalprogramme bis Mitte 1948 noch eine erstaunliche Meinungsvielfalt hören ließen,[5] so waren doch erste Schritte zur Zentralisierung der Hörfunkverwaltung und ihrer Anbindung an staatliche Institutionen getan. Daß jedoch, wie von einigen Wissenschaftlern behauptet, der Hörfunk bereits Ende 1945 „politisches Mittel bei der Umformung der Gesellschaft zum Sozialismus“[6] gewesen sein soll, wird durch neuere historische Untersuchungen widerlegt, die für die Zeit vor der Gründung der SED eine nicht-lineare Entwicklung der SBZ zum Sozialismus beschreiben.[7]

Nachdem die westlichen Alliierten ihre Sektoren in Berlin besetzt hatten, meldeten sie auch Ansprüche gegenüber dem „Berliner Rundfunk“ an. Zwar gestattete die SMAD gemeinsame Programmtätigkeit, aber nur unter ihrer Präferenz. Sie begründete Ihre Position rechtlich mit einem „Zertifikat der SMAD“ vom 10. Juni 1945 über die Modalitäten für den Rundfunkbetrieb in der SBZ.[8] Als der Konflikt zwischen den ehemaligen Alliierten eskalierte, kam es auch zu wachsenden Auseinandersetzungen über den Rundfunk in der Masurenallee. Als Konsequenz schuf die amerikanische Besatzungsmacht zum 07.02.1946 den DIAS (Drahtfunk im amerikanischen Sektor), der ab 05.09.1946 als RIAS sein Programm aufnahm. Die Briten befürworteten die Einrichtung eines NWDR-Studions in Berlin, das am 17.08.1046 seine Sendetätigkeit aufnahm.[9]

4 Vgl. Karl-Heinz Mosgraber: Relativ demokratisch. Struktur und Programm der Landessender von Schwerin bis Dresden, in: Unsere Medien – Unsere Republik (Teil 2), ein Projekt des Adolf-Grimme-Insitutes des Deutschen Volkshochschulverbandes e.V., Marl 1992, Heft 1, S. 34 ff. u. S. 50. Als weitere Landessender entstanden: 24.12.1945 Schwerin, 01.01.1946 Weimar, 20.06.1946 Potsdam, 24.12.1946 Halle (nach kurzer Sendezeit des leistungsschwachen Senders Magdeburg).

5 Ebd.

6 Heide Riedel: Hörfunk und Fernsehen in der DDR. Funktion, Struktur und Programm des Rundfunks in der DDR, Köln 1977, S. 14 ff.

7 Vgl.: Rolf Geserick: 40 Jahre Presse, Rundfunk und Kommunikationspolitik in der DDR, München 1989; Peter Christian Ludz: Mechanismen der Herrschaftssicherung. Eine sprachpolitische Analyse gesellschaftlichen Wandels in der DDR, München/Wien 1980; Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung, Bonn 1986; Dietrich Staritz: Geschichte der DDR 1949–1985, Frankfurt (Main) 1985.

8 Rundfunk im Umbruch. Ein Beitrag zur deutschen Einheit, Bonn 1991, S. 29.

9 Vgl.: Unsere Medien – Unsere Republik, a.a.O., Heft 1, S. 51.

3. *Der kalte Rundfunkkrieg 1946/47*

Ost und Wst traten in einen erbitterten Kampf der Systeme, in dem es darum ging, den jeweiligen Gegner mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu schlagen, mit diplomatischen, wirtschaftlichen, politischen und propagandistischen Mitteln.[10] Bereits im November 1946 begannen die Amerikaner in ihrer Zone damit, Kommunisten die Presselizenz zu entziehen.[11] Auch in den westdeutschen Rundfunkanstalten zog ein schärferer Umgang mit mißliebigen Mitarbeitern ein. Am spektakulärsten waren im Frühjahr 1947 die fadenscheinig begründeten Entlassungen vier leitender kommunistischer Mitarbeiter des NWDR: Max Burghardt (Intendant), Karl-Eduard von Schnitzler (Leiter der Abteilung Politik), Günter Cwojdrak und Karl-Georg Egel (Kommentatoren). Max Burghardt etwa, der später sehr erfolgreich die Leipziger Bühnen leitete, wurde unter dem Vorwand „mangelnder Kompetenz“ vor die Tür gesetzt. Die drei anderen fanden ihre neue Wirkungsstrecke im Rundfunk der SBZ.[12] Zugleich richteten sich auch die westlichen Sender in der inhaltlichen Programmgestaltung nun auf die Ost-West-Konfrontation aus.

Den Übergang von der Blockkonfrontation zum offenen Ausbruch des Kalten Krieges im Jahr 1947 markieren insbesondere drei Daten:

13.03.1947: US-Präsident Harry S. Truman verkündete in Washington die nach ihm benannte Doktrin zur Eindämmung (Containment) der kommunistischen Gefahr;

05.06.1947: US-Außenminister George C. Marshall unterbreitete in Harvard den nach ihm benannten Hilfs- und Wiederaufbauplan für Europa – eine ökonomische Ergänzung der Truman-Doktrin;

30.09.1947: Auf der Gründungssitzung des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform) als politische Koordinationsstelle in Szklaska Poreba (Polen) formulierte Andrej Shdanow, Mitglied des Politbüros der KPdSU, die Zwei-Lager-Theorie, nach der die Welt in ein imperialistisches und ein antiimperialistisches Lager geteilt sei. Die ideologische Maxime hieß: „alle wirklichen patriotischen Elemente zu unterstützen“ und die führende Kraft im Kampf gegen „die neuen amerikanischen Expansionspläne zur Versklavung Europas“ zu bilden.[13]

In dieser Zeit der Verschärfung des Kalten Krieges und der wachsenden Konfrontation der beiden Blöcke begann die SED-Führung Ende der 40er Jahre mit diktatorisch-bürokratischen Methoden Macht auszuüben und ein

10 Vgl. Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung, Bonn 1986, S. 178.
11 Vgl.: Unsere Medien. . ., a.a.O., Heft 1, S. 51.
12 Vgl.: Wilfried Rogasch, Ätherkrieg über Berlin, in: Deutschland im Kalten Krieg, Ausstellungskatalog des Deutschen Historischen Museums, Berlin 1992, S. 77 ff.
13 Vgl.: Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung, a.a.O., S. 177–184.

Meinungsmonopol zu errichten. Die westliche Strategie einer „Politik der Stärke“ und des Antikommunismus verhärtete die deutsche Spaltung auch ideologisch. Rundfunk, im SED-Verständnis „Agitations- und Propaganadainstrument“, bekam in dieser Situation „Bedeutung als Kommandohöhe im Klassenkampf der Partei, beim Aufbau des Staates und im Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus“ (Axen)[14]. Zum einen gab es im Rahmen des konfrontativen Kurses wiederholte Störversuche der Westmächte gegen die „roten Sender“ des im britischen Sektor gelegenen Funkhauses Masurenallee mit seinen Sendeanlagen im französischen Sektor (1948: Sprengung der Tegeler Sendetürme, 03.06.1952: Funkaus-Blockade durch britische Militärpolizei). Zum anderen war dem stalinistischen Sicherheitsdenken eine stete Verknüpfung von äußeren und inneren Feinden immanent. Aus diesen Gründen sollte die „ideologisch-politische Waffe Rundfunk der Arbeiterklasse und Regierung ... scharf gehalten“ werden, und immer wieder wurde zur „Wachsamkeit“ nach außen und innen ermahnt.[15]

1948 waren beim Berliner Rundfunk 1.400 Mitarbeiter angestellt, davon wohnten 1.200 in den Westsektoren der Stadt.[16] SED-Mitgliedern und verantwortlichen parteilosen bzw. den Blockparteien angehörenden Kollegen wurden Wohnungen im Ostteil der Stadt angeboten. Wer nicht umziehen wollte, mußte mit Entlassung rechnen.

4. *Auf Linie gebracht – Kaderpolitik und Parteisäuberungen im Rundfunk 1949 bis 1951*

„Es ist notwendig, eine klare ideologische Führung im Rundfunk zu haben“ und „in jeder Sendung, in jeder Abteilung des Rundfunks die Linie der Partei zu diskutieren und bei der täglichen Arbeit anzuwenden“, so 1949 Hermann Axen, Verantwortlicher des Sekretariats des Politbüros für Presse und Massenagitation.[17] Die jeweils herrschende Parteilinie, an die auch parteilose Journalisten wie Mitarbeiter auf allen Ebenen des politischen Systems gebunden waren, wechselte gemäß den sich ändernden politischen Bedingungen und Zielsetzungen. In den Rundfunksendungen sollten die Vorgaben der Parteitags-, Plenums-, ZK-Beschlüsse und Politikerreden umgesetzt werden, also mußten zunächst die Journalisten selbst auf Linie gebracht werden.

Im Juli 1948 wurde als „Lehre der Ereignisse in Jugoslawien“ wo Tito mit der These vom „eigenen Weg“ eine von Moskau unabhängige Politik anstrebte,

14 Hermann Axen, Verantwortlicher des Sekretariats des SED-Politbüros für Presse und Massenorganisation, 30.10.1949, IFGA/ZPA IV 2/1.01.125.

15 Ebd.

16 Diese Zahlen wurden anläßlich einer Intendantentagung vom Verwaltungsdirektor des Berliner Rundfunks mitgeteilt, Bundesarchiv Potsdam R 6/321.

17 Vgl.: Anm. 14, IFGA/ZPA IV 2/1.01.125.

der Umformungsprozeß der SED zur „Partei neuen Typus“ eingeleitet. Auf der 1. Parteikonferenz der SED (25.–28.01.1949) und auf dem III. SPD-Parteitag im Juli 1950 wurden organisatiorische und ideologische Änderungen vollzogen, um den uneingeschränkten Führungsanspruch der SED duchzusetzen.[18] Dazu faßte der SED-Parteivorstand einen Beschluß „Für die organisatorische Festigung der Partei und für ihre Säuberung von feindlichen und entarteten Elementen“.[19] Parteilkontrollkommissionen wurden gegründet,[20] die Ausschlußverfahren einleiteten gegen Mitglieder, die eine „sowjetfeindliche Haltung“ (nationalistische Abweichung) oder „parteifeindliche Einstellung“ zeigten, gegen rechtsopportunistische Abweichler (ehemaliger Sozialdemokraten und „Versöhnler“), „linke Sektierer“ sowie gegen Titoisten und Trotzkisten „im Dienste westlicher Spionagezentren“ (vor allem „Westemigranten“).

Heinz Schmidt, seit 1947 Intendant des Berliner Rundfunks (während des II. Weltkrieges KPD-Emigrant in London),[21] wurde durch Politbürobeschluß „wegen nationalistischer Überheblichkeit seiner Funktion enthoben“. Bruno Goldhammer (Chefredakteur des Berliner Rundfunks), Erich Böhm (stellvertretender Chefredakteur) und Edith Hauser (Mitarbeiterin der Abteilung Planung und Kontrolle) erhielten „eine strenge Rüge wegen ideologischer Sorglosigkeit“. Neuer Intendant wurde Kurt Heiss; der Berliner Rundfunk wurde „der Leitung und Kontrolle des Amtes für Information unterstellt“.[22]

Auf einer siebenstündigen Sitzung, zu der das „erweiterte Parteiaktiv Berliner Rundfunk“ am 30.10.1949 eigens ins Zentralsekretariat der SED geladen wurde, nannte Hermann Axen Hintergründe und wies die Linie: „Ich vermisse, daß die Genossen genügend Aufmerksamkeit den Worten geschenkt haben, die ich nur angedeutet habe mit der Erwähnung des Rajk-Prozesses[23] ... Es geht in diesem Falle am wengisten um den Genossen Heinz Schmidt, sondern es geht um die Frage der Partei, der Partei neuen Typus, um die Frage der Abwehr aller feindlichen Kräfte, auch jener ideologischen Infiltration des Feindes, die man auf den ersten Blick als solche nicht erkennen kann. Denn der Gegner wird, wie der Rajk-Prozeß und die Moskauer Prozesse bewiesen haben, nicht offen auftreten, sondern mit Leuten, die nach außen scheinbar Verdienste um die Arbeiterbewegung errungen haben.“[24]

Nach einem zermürbenden Sitzungstag mit „selbstkritischer und kritischer Diskussion“ wurde mit einer Stimmenthaltung (Heinz Schmidt) eine Resoltion

18 Vgl.: Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung, a.a.O., S. 262.
19 Vgl.: Hermann Weber, Geschichte der DDR, München 1985, S. 173 ff.
20 Bildung der Parteikontrollkommission auf Beschluß der 13. PV-Tagung (15./16.09.1948), mit Hermann Matern als Vorsitzendem der ZPKK von Januar 1949 bis zu seinem Tod 1971).
21 Vgl.: Der Rundfunk, Heft 32–33/1947.
22 IfGA/ZPA IV 2/1.01.125.
23 Rajk wurde in Ungarn am 24.09.1949 wegen angeblicher Zusammenarbeit mit dem Feind zum Tode verurteilt.
24 IfGA/ZPA IV 2/1.01.125, S. 117.

angenommen: „Das erweiterte Parteiaktiv verurteilt das doppelzünglerische Auftreten des Genossen Schmidt, das sich in folgender Weise ausdrückte: Während Genosse Schmidt einerseits erklärte, daß der Beschluß des Politbüros richtig sei, erklärte er gleichzeitig, daß dieser Beschluß auf Grund ungenügender und unverantwortlicher Untersuchung zustande kam. Die Versammlung gelobt, alles zu tun, um die gesamte Betriebsgruppe zum Kampf um die Sicherung der politischen Linie im Rundfunkhaus zu mobilisieren und in Zukunft ideologische Wachsamkeit an den Tag zu legen.“[25] Dazu werden sechs Verpflichtungen übernommen, u. a. politische Kontrolle der Sendungen und organisierte ideologische Schulung.

Diese Maßnahmen standen in engem Zusammenhang mit der Errichtung des „Deutschlandsenders“ der am 01.05.1949 seinen offiziellen Programmbeginn mit „Sendung(en) für Westdeutschland“[26] auf der Langwelle hatte. Sein Vorläufer, die 1948 errichtete Westabteilung des Berliner Rundfunks, startete im Juni 1948 Versuchssendungen für die Gebiete der westlichen Alliierten. Der Sender blieb der Intendanz des Berliner Rundfunks, also Heinz Schmidt, unterstellt. Die „ideologische Sorglosigkeit“, die zu den Parteistrafen und zur Absetzung des Intendanten geführt hatte, bestand auch darin, daß zu viele westliche Quellen für die Propaganda des Senders benutzt worden waren und zum anderen Kritik an sowjetischen Kommandanten, Landesregierungen und Funktionären der SED und der Demokratischen Bauernpartei, z. B. in Zusammenhang mit den Ablieferungsterminen für bäuerliche Produkte zugelassen worden war.[27] Ohnehin sollten „Sendungen mit Kritik und Selbstkritik über die SBZ nur über den ’Berliner Rundfunk’ ausgestrahlt werden, und nicht über den auf Westdeutschland ausgerichteten ’Deutschlandsender’.“[28]

Der offizielle Programmbeginn des Deutschlandsenders lag wenige Tage vor dem Ende der von der Sowjetunion verhängten Blockade über West-Berlin (24.06.1948 bis 12.05.1949). Während der Berlin-Krise 1948 hatte sich der RIAS zum wichtigsten Kommunikationsmittel der blockierten Stadt entwickelt. Der „Berliner Rundfunk“ hatte große Teile seiner westliche Hörerschaft eingebüßt, weil er als SED-Propaganda verbreitete, es gebe eigentlich gar keine Blockade, wie man an der funktionierenden Versorgung im Ostteil Berlins sähe. So hatten zu Beginn der Blockade noch 50 % der Westberliner angegeben, gewöhnlich den „Berliner Rundfunk“ zu hören; zum

25 Ebd.

26 Antwort auf die Sendereihe des RIAS „Freiheit gegen Totalitarismus“seit Novembe r1947, vgl. Wilfried Rogasch, Ätherkrieg über Berlin, in: Deutschland im Kalten Krieg, Ausstellungskatalog des Deutschen Historischen Museums, Berlin 1992, S. 77.

27 Dies betrifft einen Kommentar von Karl-Eduard von Schnitzler vom 1. Oktober 1949, IFGA/ZPA IV 2/1.01.125, S. 14.

28 Gerhard Walter: Der Rundfunk in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Bonn/Berlin 1961, S. 32.

Ende der Blockade gaben 93 % der Befragten an, normalerweise RIAS zu hören.[29]

Im August 1949 gab es erste Lockerungen im Rundfunkzensursystem der SMAD (fortan beschränkt auf die der SU und Jugoslawien geltenden Aussagen) und am 10.12.1949 übergab die SMAD die Hörfunkverwaltung offiziell an die gerade gegründete DDR.

Im Zusammenhang mit dem geschilderten, den „Berliner Rundfunk" betreffenden Politbürobeschluß leitete auch die Zentrale Pateikontrollkommission eine weitergehende Untersuchung gegen Mitarbeiter des „Deutschlandsenders" ein, die mit dem ZK-Beschluß vom 24.08.1950 ihren Abschluß fand. Unter Spionagebeschuldigungen[30] wurden der Chefredakteur des Deutschlandsenders, Leo Bauer, und Bruno Goldhammer (zuletzt Abteilungsleiter im Amt für Informationen) zusammen mit anderen Altkommunisten als „Werkzeuge des Klassenfeindes" aus der SED ausgeschlossen, ihre Ämter enthoben und zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Goldhammer wurde 1956 rehabilitiert. Im Mai 1950 wurde die Personaldirektion des DDR-Rundfunks direkt dem der Kaderabteilung des SED-Zentralkomitees unterstehenden Personalbüro der Generalintendanz untergeordnet.[31] „Streng vertraulich" ist die Aktennotiz einer „Sitzung über personelle Fragen des Deutschlandsenders in Zusammenhang mit der Agententätigkeit Leo Bauers" am 04.12.1950, in der Hertha Geffke (stellvertretende Vorsitzende der ZPKK) eine „genaue personelle Durchleuchtung der einzelnen Genossen und Mitarbeiter" forderte, ob diese „für weiter Mitarbeit im Rundfunk tragbar seien".[32]

Schließlich wurde am 14.07.1951 auch der Generalintendant des Rundfunks in der SBZ, Hans Mahle wegen „mangelnder ideologischer Klarheit" aufgrund unerlaubter „Westkontakte" seiner Funktion enthoben. Mahle bekam noch eine „Bewährungsprobe" als Leiter des Zentrallaboratoriums Adlershof, bis dort im Mai 1952 ein Brand ausbrach für den Mahle durch seinen Nachfolger Kurt Heiss in einem Brief an den Minister für Staatssicherheit Zaisser denunziatorisch „mit allen Konsequenzen verantwortlich gemacht" wurde.[33] Hans Mahle wurde 1959 vom Politbüro der SED rehabilitiert und mit dem Aufbau der Zeitung „Wahrheit" in West-Berlin beauftragt, deren Chefredakteur er bis 1981 war.

29 Wilfried Rogasch, Ätherkrieg über Berlin, in: Deutschland im Kalten Krieg, Ausstellungskatalog des Deutschen Historischen Museums, Berlin 1992, S. 78.

30 In der Entschließung des ZK vom 24.08.1950 hieß es: „die am engsten mit Field verbundenen Paul Merker, Leo Bauer, Bruno Goldhammer, Willi Kreikemeyer und Maria Weiterer haben dem Klassenfeind in umfangreicher Weise Hilfe geleistet und werden aus der Partei ausgeschlossen."

31 Vgl.: Rolf Geserick: 40 Jahre Presse, Rundfunk und Kommunikationspolitik in der DDR, München 1989, S. 58.

32 Bundesarchiv Potsdam: R6/331.

33 Historisches Archiv des Rundfunks der DDR, Dokument vom 17.5.1952.

Zusammenfassend ist in einem Bericht „Über die Kaderentwicklung im Deutschen Demokratischen Rundfunk“[34] zu lesen: „1951/52 erfolgte eine durchgreifende Reorganisation, ... systematisch wurden etwa tausend klassenfremde und schwankende Elemente, vor allem in Berlin, ausgeschaltet.“ Damit wurde allmählich die Zentralisierung des Rundfunksystems vorbereitet. Beispielsweise wurde ein Regieassistent mit Schreiben vom 30.07.1952 „wegen Strukturveränderung und Einsparungsmaßnahmen“ gekündigt. Auf seinen Einspruch hin nannte ihm die „politische Instrukteurin“ Else Demuth die „handfesten Kriterien“ mit geradezu eisiger Distanz: „Verweigerung von Funktionen in der FDJ, häufige Besuche Westberliner Filmtheater, Interesse an kulturfeindlicher amerikanischer Musik (Jazz), Sympathie mit dem konterrevolutiionären Titoismus und in diesem Zusammenhang Besserwisserei gegenüber den Lehren Stalins“.[35]

5. *Die Zentralisierung des Rundfunksystems – Bildung des Staatlichen Rundfunkkomitees 1952*

Nachdem die 2. SED-Parteikonferenz vom 9. bis 12. Juli 1952 den „planmäßigen Aufbau des Sozialismus“ beschlossen hatte, erließ die Volkskammer das „Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern“ (23.07.1952), wonach die DDR in 14 Bezirke gegliedert und zentralistisch strukturiert wurde. Diese administrative Neugliederung bedeutete auch eine Abgrenzung gegenüber der westdeutschen Verwaltungspraxis. Mit der Verordnung des Ministerrates der DDR vom 14.08.1952[36] wurde anstelle der Generalintendanz das „Staatliche Rundfunkkomitee“ als oberstes zentrales leitungsorgan aller Sender gebildet und damit sowohl die politisch-ideologische als auch die technisch-organisatorische Rundfunkarbeit straff zentralisiert. Die angeschlossenen Landessender stellten ihre Eigenprogramme ein und wurden zu Bezirksstudios umfunktioniert, die den Weisungen des Staatlichen Rundfunkkomitees in Berlin und der SED-Bezirksleitungen unterlagen. Das „Staatliche Rundfunkkomitee“ beim Ministerrat (SKR) war zwar der Form nach ein Organ der DDR-Regierung, unterstand aber real dem Politbüro der SED und dessen ausführendem Organ im Medienbereich, der Abteilung Agitation und Pro-

34 Bericht „Über die Kaderentwicklung im Deutschen Demokratischen Rundfunk“ vom 25.9.1961, Bundesarchiv Potsdam: R6/218.

35 1958 wurde der Betroffene wieder eingestellt. Aus unveröffentlichen Dokumenten der Rehabilitierungskommission im Funkhaus Nalepastraße, die sich im Mai 1990 gebildet hat und seit Mai 1991 auch Anträge von ehemaligen Mitarbeitern des DDR-Fernsehens bearbeitet.

36 Gesetzblatt Nr. 112 vom 21.8.1952, S. 733–734.

paganda des Zentralkomitees der SED. Der Vorsitzende der SRK[37] und seine Stellvertreter wurden vom Politbüro der SED bestimmt und durch den Ministerpräsidenten der DDR berufen. Die Instituion „Staatliches Rundfunkkomitee“ war ein sogenanntes Kollegialorgan, dem als 11 weitere Mitglieder die Intendanten des Hör- und später auch des Fernsehfunks, Leiter sendewirksamer Hauptabteilungen (Außenpolitik, Nachrichten, Musik etc.), Chefredakteure, der SED-Parteisekretär und der Vorsitzende der Betriebsgewerkschaftsleitung angehörten.[38]

Der „Bericht über die Kaderentwicklung“ dokumentiert: „Die Bildung des Staatlichen Rundfunkkomitees war eine entscheidende Maßnahme bei der Säuberung des Rundfunks ... Nur die besten, unserer Partei und Regierung treu ergebenen Mitarbeiter wurden üernommen ... Es wurden in enger Zusammenarbeit zwischen der Abteilung Agitation und Propaganda (des ZK der SED), der Parteileitung des Rundfunks und dem Komitee Diskussionen über Sendungen und zurückgewiesene Beiträge auf den verschiedenen Ebenen innerhalb des Rundfunks geführt. Durch breite, den ganzen Rundfunk erfassende Auseinandersetzungen mit falschen Sendungen oder mindestens falschen Auffassungen, die sich an irgendeiner Stelle ankündigten, war es in allen Programmen möglich, die richtige Orientierung auf die Linie der Partei durchzusetzen und irgendwelche Tendenzen der Aufweichung auszuschalten. Die Kaderpolitik wurde konsequent mit der ideologischen Arbeit des Rundfunks verbunden. Entscheidungen über Kaderfragen wurden von der ideologischen Standfestigkeit des Mitarbeiters abhängig gemacht. So wurden wiederholt wichtige Entscheidungen über Umbesetzung, Beförderung und Degradierungen nach ideologischen Diskussionen gefaßt.“[39]

In der Ministerratsverordnung waren „drei verschiedene, sorgfältig aufeinander abgestimmte, qualitativ hochwertige und ganztägige Programme des deutschen demokratischen Rundfunks“ angekündigt worden, deren Aufgabe es sein sollte, „das sozialistische Bewußtsein der Werktätigen zu entwickeln, die Bevölkerung tief mit der Idee der Verteidigung des Friedens, der Verteidigung unserer Heimat und des Hasses gegen die imperialistischen Kriegsbrandstifter, Militaristen und Vaterlandsverräter zu erfüllen und den Kampf um die Einheit Deutschlands und den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages zu entfalten.“[40] Vier Wochen später, am 14.09.1952, traten die nunmehr in Berlin zusammengefaßten zentralen Programme an die Stelle der Landessender des Mitteldeutschen und des Berliner Rundfunks sowie des Deutschlandsenders.

37 Vorsitzende des SRK waren: August 1952 – August 1956: Kurt Heiss; August 1956 – März 1962: Prof. Dr. Hermann Ley; März 1962 – März 1968 Prof. Dr. Gerhart Eisler; 1968–1971 Reginald Grimmer, 1971–1980 Rudi Singer; 1980–1989 Achim Becker.

38 Vgl: Rundfunk im Umbruch. Ein Beitrag zur deutschen Einheit, a.a.O., S. 30.

39 Bericht „Über die Kaderentwicklung im Deutschen Demokratischen Rundfunk“ vom 25.9.1961, Bundesarchiv Potsdam: R6/218.

40 Gesetzblatt Nr. 112 vom 21.8.1952, S. 733–734.

Gesendet werden konnte nun aus dem Ostsektor Berlins: 04.09.1952 wurde das Funkhaus Nalepastraße offiziell eröffnet. Der Neubau war von der DDR-Regierung beschlossen worden, als nach der Sprengung der Tegeler Sendetürme durch einen Handstreich der französischen Militärpolizei (während der Berlin-Blockade) sich auch der Konflikt um das „Haus des Rundfunks“ in der Masurenallee immer mehr verschärfte. Höhepunkt war die Absperrung des Funkhauses am 3. Juni 1952 durch die britische Militärpolizei. Danach verließen am 9. September die letzten Angestellten das Funkhaus, dessen Übergabe durch die Sowjetunion an den Westberliner Senat aber erst am 5. Juli 1956 erfolgte.[41]

Der erste Großsender der DDR für Mittelfrequenzen, der am 6. Juli 1952 in Berlin-Köpenick in Betrieb genommen wurde, strahlte nun die drei zentralen Programme aus: Berlin I (das den Deutschlandsender ablöste) wandte sich mit politischen Sendungen vorwiegend an Hörer in der BRD und Westberlin, Berlin II war als Kultur- und Wissenschaftsangebot mit Vortragszyklen, Kursen und Vorlesungen konzipiert und Berlin III mit einem überwiegend volkstümlichen Programm, das die verschiedenen Schichten der DDR-Bevölkerung berücksichtigen sollte.[42] Die Bezirksstudios fungierten lediglich noch als zuliefernde Außenstelle für diese drei in Berlin produzierten republikweiten Hörfunkprogramme.

Mit der Zentralisierung des Rundfunks wurden Querschnittsredaktionen eingerichtet, die für alle drei Sender zulieferten: Wirtschaft, Landfunk, Jugendfunk, Frauen-, Kinder- und Sportfunk.[43] Die Perspektivplanung wurde von einem Vierteljahr auf sechs Wochen verkürzt: „Die Ausarbeitung eines Sechswochenplanes beginnt damit, daß die Leitung des Staatlichen Rundfunkkomitees in Zusammenarbeit mit der Abteilung Presse-Rundfunk des ZK der SED einen Rahmenplan aufstellt. Dieser Rahmenplan wird den einzelnen Redaktionen zugeleitet, die danach Redaktionspläne ausarbeiten müssen. Diese von den einzelnen Ressorts ausgearbeiteten Redaktionspläne werden von der Abteilung Planung des Komitees zusammengefaßt, koordiniert und korrigiert. Der so entstandene Perspektivplan muß von der Leitung des Rundfunkkomitees und der Abteilung Presse-Rundfunk des ZK der SED genehmigt werden. Nach der Genehmigung erhalten die einzelnen Redaktionen ihre jeweiligen Redaktionspläne, die Bestandteile des Perspektivplans sind. Die Redakteuere erhalten weder Einsicht in den Perspektivplan, noch ist es ihnen gestattet, Kopien des

41 Vgl: Rundfunk im Umbruch. Ein Beitrag zur deutschen Einheit, a.a.O., S. 31 Rolf Geserick: 40 Jahre Presse, Rundfunk . . ., a.a.O., S. 58; Wilfried Rogasch: Ätherkrieg über Berlin, a.a.O., S. 79.

42 Vgl. Alfred Duchrow: Entwicklungsetappen des Deutschen Demokratischen Rundfunks, Teil VIII (1952–1955), in: Beiträge zu Geschichte des Rundfunks 6. Jg. 1972, Nr. 1, S. 18.

43 Vgl.: Rolf Geserick: 40 Jahre Presse, Rundfunk . . ., a.a.O., S. 59: Vorläufer der Querschnittsredaktionen entstanden bereits 1950.

Rahmenplanes zu behalten. Der Perspektivplan wird selbst gegenüber den Ressortleitern als Verschlußsache behandelt."[44]

6. *„Der Hörer sagt unsere Meinung" – Auswirkungen des 17. Juni 1953 im DDR-Rundfunk*

Anfang 1953 verschärfte sich die innenpolitische Situation der DDR. Nachdem es geschafft war, unter äußerst schwierigen Bedingungen bis 1952 das zerrüttete Wirtschaftssystem wieder aufzubauen, wurde auf der 2. Parteikonferenz 1952 in Überschätzung der bis dahin erreichten Ergebnisse der „planmäßigen Aufbaus des Sozialismus" beschlossen. Zur Forcierung dieses Beschlusses fuhr die SED in einer desolaten Wirtschaftssituation, verursacht durch Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und Vernachlässigung der Konsumgüterproduktion zugunsten der Schwerindustrie, einen regiden sozialpolitischen Kurs. Bereits im janur 1953 hatte die SED eine Propagandaaktion gestartet, durch die sie eine freiwillige Erhöhung der Normen zu erreichen versuchte. Am 14. Februar beschloß der Ministerrat „Grundsätze der Preispolitik" und das ZK der SED den „Feldzug für strenge Sparsamkeit".

Nach dem Tod Stalins (05.03.1953) forderte die neue Moskauer Führung von der SED, ihren harten Kurs zu revidieren. Überraschend und abrupt wurde durch Politbürobeschluß vom 9. Juni 1953 der „Neue Kurs" zur Verbesserung der Lebenslage der DDR-Bevölkerung verkündet, der auf eine Teilrevision der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz hinauslief. Der „Neue Kurs" bedeutete politisch eine Milderung des proklamierten „verschärften Klassenkampfes" und ökonomisch eine Reduzierung des forcierten Aufbaus der Schwerindustrie zugunsten des Konsums.[45]

In der Sendereihe „Werktag der Zone" beschäftigte sich der RIAS zwischen Januar und März 1953 in 20 Beiträgen mit der Normenfrge in der DDR und kommentierte, „daß durch die Normenerhöhung die Planungsfehler im Fünf-Jahr-Plan vertuscht und zugleich die hohen Rüstungskosten der paramilitärischen DDR-Organisationen bestritten werden sollten."[46] Nach dem Beschluß des Ministerrates zur zehnprozentigen Normerhöhung vom 28.05.1953 empfahl der RIAS, „die Rücknahme der Verordnung zu erzwingen. Durch ausführliche RIAS-Berichte in den ersten beiden Juniwochen, die einzelne Protestaktionen und Streiks in den verschiedenen Städten zum Inhalt hatten, wurden unzufriedene Arbeiter in ihrer Hoffnung bestärkt, mit ihrer Kritik

44 Zitiert nach: Gerd Hecht: Die Stimme des Apparates. Der Sowjetzonen-Rundfunk ein politisches Instrument der SED, in: SBZ-Archiv 5.Jg. 1954, Nr. 11, S. 165.
45 Vgl.: Kleßmann, a.a.O., S. 278
46 Zitiert nach: Wilfried Rogasch, Ätherkrieg über Berlin, a.a.O., S. 80.

an der SED nicht alleine zu stehen."[47] Seit dem Nachmittag des 16. Juni konzentrierte der RIAS sein ganzes Programm auf die Ereignisse in Ost-Berlin. Mehrfach wurde am Abend der Aufruf von RIAS-Programmdirektor Eberhard Schütz gesendet, in dem es einerseits hieß: „Macht Euch die Ungewißheit, die Unsicherheit der Funktionäre zunutze. Verlangt das Mögliche – wer von uns in West-Berlin wäre bereit, heute zu sagen, daß das, was vor acht Tagen noch unmöglich schien, heute nicht möglich wäre." Schütz riet aber auch: „Jeder einzelne, jeder unserer Hörer muß für sich selbst wissen, ob die Umstände seiner persönlichen Situation in seinem Betrieb es ihm erlauben, den Widerstandswillen der Bevölkerung der Zone auszudrücken, jeder einzelne muß wissen, wie weit er gehen kann."[48] In den stündlichen Nachrichten wurde gemeldet: „Arbeiter aller Industriezweige forderten in den Abendstunden besonders nachdrücklich, daß die Ostberliner sich am Mittwoch früh um 7.00 Uhr am Strausberger Platz zu einer gemeinsamen Demonstration versammeln sollen."[49] Zahlreiche Solidaritätserklärungen aus der BRD und West-Berlin wurden gesendet, auch die militanter Gruppen wie der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" und des „Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen". Egon Bahr, damals Chefredakteur des RIAS Berlin, hatte die Abordnung der Streikenden empfangen; er nahm auch den Befehl entgegen, die Forderungen des Streitkomitees ab sofort nicht mehr zu senden. Unter Umgehung dieser Anordnung des amerikanischen Hochkommissars Mc. Cloy wurde der DGB-Vorsitzende von Berlin aus dem Bett geholt, der es übernahm, die Forderungen zu verkünden.[50] Am 17. Juni begleiteten RIAS-Reporter seit dem frühen Morgen die Demonstrationen und berichteten von einer Stimmung wie auf einem Volksfest bis die Reportagen um 13.44 Uhr mit der Meldung über die Verhängung des Ausnahmezustandes durch den sowjetischen Stadtkommandanten über Ost-Berlin jäh unterbrochen wurden. Ab diesem Zeitpunkt wiederholte der RIAS den „dringenden Hinweis, sich jeder Handlung gegen die sowjetische Besatzungsmacht zu enthalten."[51] Diese Tatsachen boten der SED nach der Niederschlagung des Aufstandes vom 17. Juni die Angriffsfläche für ihre Behauptung, der RIAS sei die Schaltzentrale einer „faschistischen Provokation" gewesen.

Darüber, was sich während dieser Tage im Funkhaus Nalepastraße abspielte, sind bislang kaum Dokumente aufgefunden. In der vom Lektorat für Rundfunkgeschichte herausgegeben Chronik[52] findet sich entsprechend der offiziellen DDR-Propaganda nur der Vermerk: „Während des von aggressiven

47 Ebd.
48 Ebd., S. 81.
49 Ebd.
50 „Freitag" vom 18. Juni 1993.
51 Ebd., S. 83.
52 Staatliches Komitee für Rundfunk beim Ministerrat der DDR, Lektorat Rundfunkgeschichte (Hg.): Unser Rundfunk in vier Jahreszeiten. Eine Datenübersicht von 1945 bis 1985.

Kreisen Westdeutschlands und der USA inszenierten konterrevolutionären Putschversuches gegen die DDR bewährte sich das Kollektiv des Deutschen Demokratischen Rundfunks bei der Sicherung des ununterbrochenen Sendebetriebes und der Abwehr von Provokationen gegen Funkhäuser in der DDR.“ An anderer Stelle heißt es: „Das Kollektiv unseres Rundfunks, geführt von der Grundeinheit der Partei, handelte in Übereinstimmung mit der Aussage und Forderung der eigenen Wortsendungen“ und „Vorbildlich verhielten sich auch die technischen Mitarbeiter der Abteilung Elktroakustik des Rundfunks. Sie bildeten die Besatzungen von Lautsprecherwagen . . . und ließen in den Brennpunkten der faschistischen Krawalle keinen Putschisten den Lautsprechern zu nahe kommen.“[53] Den Schrecken der Ereignisse bis zur Verhängung des Ausnahmezustandes und dem Einrollen der sowjetischen Panzer überspielte der DDR-Rundfunk mit Musik, so daß sich die Hörer ohnehin nur aus dem RIAS informieren konnten.

Im ehemaligen Zentralen Parteiarchiv der SED fand sich ein aufschlußreicher „Kommentar zum Sonntag“ Herbert Gessners vom 2. Juli 1953, in dem es heißt: „Das Zentralkomitee der SED hat in seiner Erklärung vom 21. Juni festgestellt, daß, wenn Massen von Arbeitern die Partei nicht verstehen, die Partei schuld ist, nicht der Arbeiter. Wir vom Deutschen Demokratischen Rundfunk können, nein, müssen diesen Satz variieren: Wenn Massen von Hörern unseren Funk nicht verstehen – und das heißt, wenn sie ihn abdrehen oder auf andere Sender gehen – ist der Funk schuld, nicht der Hörer. . . . Man hat uns vor allem Schönfärberei vorgewofen. Und ich sage: Ja, unser Funk hat schöngefärbt. Wenn ich mir zum Beispiel so die Hörerstimmen vergegenwärtige, die wir seit geraumer Zeit gesendet haben, dann kann ich nur sagen: das stand nicht unter dem Motto „der Hörer sagt s e i n e Meinung“ sondern, „der Hörer sagt u n s e r e Meinung“. Danach wären a l l e Menschen mit a l l e n Maßnahmen des letzten Jahres einverstanden gewesen. Sie waren es nicht. Wir haben aber vielfach gesendet, was uns genehm war. Das muß man ändern. Aber . . . niemand wird je Gelegenheit haben, über unseren Sender Hetze gegen die Sowjetunion zu betreiben. Niemandem werden wir erlauben, bei aller Schärfe der Auseinandersetzung mit der Deutschlandpolitik der USA, über unseren Sender das amerikanische Volk zu beschimpfen. Niemand wird über unser Mikrofon die Spaltung der Arbeiterklasse propagieren können.“[54] Gessner führt weiter aus, daß „faschistische Provkateure“ daran gehindert werden, „daß sie überhaupt noch zu Wort kommen. . . . Gerade diese notwendige und auch von unserem Funk verfochtene unerbittliche Härte gegenüber (ein)geschworenen Feinden unseres und anderer Völker bedingt auf der anderen Seite die größtmögliche Toleranz gegenüber allen

53 Alfred Duchrow: Entwicklungsetappen des Deutschen Demokratischen Rundfunks/Teil VIII (1952–1955), in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 6. Jg. 1972, Heft 1, S. 26.
54 IFGA/ZPA IV 2/11/V 117.

Menschen in Deutschland, die guten Willens sind.“[55] Der folgende Satz ist im Manuskript von einem SED-Ideologiesachwalter dick unterstrichen und mit der Anmerkung „Kapitulation!“ versehen: „Das heißt auf unseren Funk übertragen, daß in ihm in Zukunft jedermann aus ganz Deutschland zu Wort kommen muß, der, welcher Klasse (hervorgehoben vom SED-Zensor, S.M.) oder Schicht er auch immer angehört, welchen weltanschaulichen Standpunkt er auch immer vertritt, auf der großen gemeinsamen Ebene des Wollens, die demokratische Einheit Deutschlands zu erreichen und den Frieden zu bewahren, lebt und handelt.“[56]

Ob dieser Kommentar Herbert Gessners so gesendet wurde oder bereits vorher der Zensur erlag, ließ sich bislang nicht recherieren. Jedenfalls geriet der kritische Kommentator, der Ende 1946 seine Tätigkeit bei „Radio München“ infolge zunehmender „nazifreundlicher und separatistischer Politik in Bayern“[57] aufgegeben hatte, zunehmend ins Blickfeld der SED-Liniensachwalter, wie ein anderes Dokument belegt. Darin heißt es unter der Überschrift „Schwerpunkte bei der Durchsetzung der Kaderprinzipien“: „Sehr stark entwickelt waren im Rundfunk die verschiedenen Konzentrationen. U.a. gab es die Gruppe der ehemaligen Mitarbeiter westlicher Rundfunkstationen, besonders des NWDR (Karl Gass, Karl-Eduard von Schnitzler, Herbert Gessner, Helmut Schneider u. a.). Obwohl jeder für sich eine gute Arbeit leistete, wirkte sich ihre Konzentration zum Nachteil aus. Hinzu kam, daß ein großer Teil dieser Mitarbeiter Absolventen von Ascot oder Wiltonpark waren. Die Konzentration dieser Mitarbeiter wurde aufgelöst, jedoch dafür gesorgt, daß ihre Kenntnisse und Fähigkeiten dem Rundfunk weiterhin zur Verfügung standen. Sie erhielten keine leitende Funktionen.“[58]

7. *Der zentralisierte Hörfunk im Spannungsfeld zwischen Umerziehungs- und Unterhaltungsmedium – Aufbau der Grundstruktur des Hörfunksystems der DDR in den 50er Jahren*

Der Korrektur des harten Propagandakurses und der stärkeren Orientierung auf die Hörerbedürfnisse folgte am 16.08.1953 die Ankündigung eines neuen Programms durch Kurt Heiss, den Vorsitzenden des SRK: „Der Forderung unserer Hörer nach Unterhaltung, nach Enspannung, Freude und Humor kommt das neue Programm sehr entgegen.“[59] Wortsendungen (Nachrichten, Kommentare, Reportagen, Hörspiele) wurden auf 18 % der Gesamtsendezeit

55 Ebd.
56 Ebd.
57 Herbert Gessner: in: Der Rundfunk, Heft 6/1947, S. 6.
58 Bericht „Über die Kaderentwicklung im Deutschen Demokratischen Rundfunk“ vom 25.9.1961, Bundesarchiv Potsdam: R6/218.
59 Kurt Heiss: in: Tägliche Rundschau, 16.8.1953.

reduziert, gemischten Sendungen wurden 20 % und Musiksendungen, in denen auch zuvor verfemte westliche Tanzmusik gespielt werden durfte, wurden sogar 60 % der Gesamtsendezeit eingeräumt.[60] Die Verschiedenheit der drei Programme wurde ausgebaut, der gesamtdeutsche Charakter wieder stärker betont. Seit dem 25.08.1953 sendete Berlin II wieder unter dem Namen Deutschlandsender. Die Bezirksstudios sollten den unterbrochenen Kontakt zu den Hörern wieder herstellen, in dem sie, wie früher die Landessender, zwischen 18.00 und 19.30 Uhr eigene Programme ausstrahlten.

Bis zum Ende der 50er Jahre lassen sich noch zahlreiche strukturelle, organisatorische und Programmreformen auflisten, mit denen der Widerspruch zwischen der vollzogenen organisatorischen Zentralisierung des Hörfunks und der beabsichtigten inhaltlichen Differenzierung des Programmangebots gelöst werden sollte. Schließlich bekamen die drei Programme ab 11.09.1955 unverwechselbare Namen: „Berliner Rundfunk", „Radio DDR" und „Deutschlandsender"; und jeder Sender erhielt wieder einen eigenen Intendanten. Radio DDR wurde nun „der repräsentative Republiksender für alle Bürger der DDR mit einem Programm, das sowohl seine politisch-ökonomische als auch seine kulturellerzieherische Funktion" zu erfüllen hatte; und „die Übernahme zahlreicher Sendungen" sollte „im neuen Programm von Radio DDR zur Ausnahme werden".[61] Mit der Einführung zweiter Programme beim Berliner Rundfunk am 02.02.1958 (als „Berliner Welle" für West-Berlin bestimmt) und bei Radio DDR am 19.10.1958 war dann die Grundstruktur des Hörfunksystems der DDR geschaffen.[62]

Am 15.04.1955 begann die DDR mit der Ausstrahlung eines Auslandsdienstes auf der Kurzwelle in französischer Sprache. Es folgten englische, schwedische, dänische und arabische Programme. Am 20.05.1959 wurde „Radio Berlin International" (RBI) selbständiger Sender im Rahmen des Staatlichen Rundfunkkomitees, und in schneller Folge entstanden weitere Redaktionen für Afrika, Suaheli, Italien, Nordamerika, Südostasien, Indonesisch, Hindi u. a.[63] Die Genehmigung für den Auslandsdienst erhielt die DDR von der Organisation Internationale de Radiodiffusion (OIR), der sie am 11.05.1951 beigetreten war. Die politische Ausrichtung des Auslandsdienstes der DDR auf Verbündete in Westeuropa steht ebenso wie eine stärkere Orientierung auf die Hörer in der BRD in Zusammenhang mit den tiefgreifenden Veränderungen, die sich 1955 in Europa vollzogen: Mit der Integration der BRD in die NATO und der DDR in den Warschauer Pakt vollzog sich eine Verschärfung der Ost-West-Konfrontation.

60 Vgl: Gerhard Walter: Der Rundfunk in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Bonn/Berlin 1961, S. 76.

61 Alfred Duchrow: Entwicklungsetappen ... a.a.O./Teil IX (1956–1961), in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks, 6 Jg. 1972, Heft 3, S. 17.

62 Ebd., S. 20.

63 Vgl.: Heinz Odermann: Ici Berlin. In: Unsere Medien ..., a.a.O., Heft 6, 1993, S. 42.

Einen Tag nach dem Verbot der westdeutschen KPD durch das Bundesverfassungsgericht, am 17.08.1956, nahm der „Deutsche Freiheitssender 904“ (benannt nach seiner Mittelwellenfrequenz) aus Burg bei Magdeburg seine Sendungen für die BRD auf. Bis zum 10.10.1971, dem Tag der Zulassung der DKP, wurden die im Studio Leipzig produzierten Beiträge nach Berlin überspielt, wo sie vom ZK-Beauftragten (nicht von SRK) kontrolliert wurden, bevor sie zum Sender Burg weitergeleitet und ausgestrahlt wurden. Verantwortlich für die Programme war Max Schäfer vom KPD-Politbüro. Inhalte, Ansagen und Musikauswahl sollten sich nach westdeutschen Standort anhören. Alternierend wurde diese Mittelwellenfrequenz zwischen September 1960 und 1972 auch von dem an die Angehörigen der Bundeswehr gerichteten „Deutschen Soldatensender 935“ genutzt. Sendeleitung, Redaktion und Stuidos befanden sich in Berlin-Grünau. Das Programm ähnelte jenem von „904“. Der Sender war dem ZK und dem Ministerium für Verteidigung unterstellt.[64]

Die ständigen organisatorischen und inhaltlichen Veränderungen des DDR-Rundfunks sind ohne die Konkurrenz mit den westlichen Hörfunkstationen, die zugleich Übel und Vorbild (in Bezug auf Hörerbedürfnisse) waren, nicht erklärbar. Auch in der Kaderpolitik des Staatlichen Rundfunkkomitees war eine „falsche Einstellung“ zu den „Feindsendern“ regelmäßig Anlaß für Disziplinierungen. So wurde im Januar 1958 auf Veranlassung des ZK der SED gegen Karl-Ludwig Harth ein Disziplinarverfahren eingeleitet mit dem Ergebnis: „In Anwendung der vom Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik am 10.03.1955 beschlossenen Verordnung über die Pflichten und Rechte der Mitarbeiter der staatlichen Verwaltungsorgane – Disziplinarordnung wird Herr Karl-Ludwig Harth nach § 22 der Disziplinarordnung fristlos als Mitarbeiter des Staatlichen Rundfunkkomitees entlassen. Begründung: Im Herbst 1956 wurde Herr Harth durch Beschluß der Leitung des Staatlichen Rundfunkkomitees nach Vorlage seiner Disposition und nach einer gründlichen Diskussion um die Probleme der Hörerforschung als Leiter der Abteilung zur wissenschaftlichen Erforschung der Hörermeinung eingesetzt. Über die politische Verantwortung und die Vertraulichkeit dieser Funktion wurde Herr Harth vor Beginn seiner Tätigkeit hinreichend informiert. Die ansonsten gut abgeschlossene erste Befragung war Anlaß zu einer ernsten Aussprache. Ohne Information der Leitung des Staatlichen Rundfunkkomitees wurden bei dieser ersten Aktion breite Hörerkreise nach Empfang westlicher Radiostationen (RIAS, SFB, NWDR usw.) befragt. Aufgrund dieses Vorfalls hat sich das Komitee mit diesen Fragen beschäftigt und festgelegt, daß alle Fragebogen vorher durch einen verantwortlichen Mitarbeiter (1. Stellvertreter der Vorsitzenden, Kollege Perk, später Kollege Hahn) zu genehmigen sind . . . Am 4. Januar 1958 wurde dem Komitee und den leitenden Mitarbeitern des

64 Vgl.: Rolf Geserick: 40 Jahre Presse, Rundfunk . . ., a.a.O., S. 116.

Rundfunks mitgeteilt, daß Parteien und Massenorganisationen sowie Einzelpersonen in schärfster Form gegen die letzte Befragung der Abteilung zur wissenschaftlichen Erforschung der Hörermeinung protestierten. In der Tat wurde in einem Schreiben des Herrn Harth an Mitarbeiter der Presse und des Betriebsfunk folgende Formulierung gebraucht: 'Zur Ergänzung unserer statistischen Unterlagen bitten wir Sie nachzuprüfen, wie man die aufgeführten Sender an Ihrem Ort empfangen kann: DDR; BR, RIAS, NWDR, sonstige wesentliche Sender (welche?).' Durch diese eigenmächtige Handlungsweise hat Herr Harth gegen die Disziplinarordnung, § 3 und 6, verstoßen. ... Sofort nach dem Bekanntwerden dieser Fakten wurde Herr Harth durch den Vorsitzenden des Staatlichen Rundfunkkomitees, Prof. Dr. Ley, im Beisein des zentralen Kaderleiters zur Rechenschaft gezogen und ... gegen ihn aufgrund dieser Verfehlungen ein Disziplinarverfahren eingeleitet ...".[65]

8. *„Ohne gute Nachrichten – keine gute Publizistik" – Der 13. August 1961: Mauerbau*

Das Jahr 1961 begann im Staatlichen Rundfunkkomitee mit einer Nachrichtenkonferenz der Betriebsparteiorganisation der SED am 22. Januar. Gerhart Eisler, stellvertretender Vorsitzender des Rundfunkkomitees, der schon auf der 3. Pressekonferenz des ZK der SED (17./18.04.1959 in Leipzig) die Informationsfunktion des Hörfunks als einen Teil der Agitation hervorgehoben hatte, charakterisierte die Nachrichtendienste als Kern des Programms: „Sie tragen dazu bei, daß sich im Bewußtsein des Hörers systematisch ein marxistisch-leninistisches Weltbild formt" ... und „helfen, die Politik der Regierung und der Partei zu erläutern und deren Beschlüsse in die Tat umzusetzen."[66] In seinem Referat unter der Überschrift „Ohne gute Publizistik – keine guten Nachrichten" kritisierte er mit Bezug auf den „Bitterfelder Weg" (24.04.1959) auch die Vernachlässigung der Kulturpolitik und forderte, die „steigenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse der Bürger der DDR, die sich auch in dem Wunsch nach einer allseitigen, besseren und schnelleren Information ausdrücken ..." zu befriedigen: „Wir erweisen dem Sozialismus einen sehr schlechten Dienst, wenn wir die Masse als unmündige Kinder betrachten und nicht begreifen, daß sie ebenso das Recht hat, über alles informiert zu werden wie wir Journalisten ... Wir leisten dem Sozialismus einen sehr schlechten Dienst, wenn wir es durch solche Unterschätzung und Vernachlässigung dieses Bedürfnisses dahinbringen, daß sich nicht wenige der

65 Aus unveröffentlichten Dokumenten der Rehabilitierungskommission im Funkhaus Nalepastraße, die sich im Mai 1990 gebildet hat.

66 Gerhart Eisler: Ohne gute Nachrichten – keine gute Publizistik. In: Erinnerungen von Pionieren und Aktivisten des Rundfunks der DDR. Ausgewählte Erlebnisberichte zum 45. Rundfunkubiläum. Lektorat für Rundfunkgeschichte beim Staatlichen Komitee für Rundfunk, 1989, S. 132 ff.

Informationen oder – besser gesagt – der Desinformationen der feindlichen Sender bedienen.“[67]

In den Dokumenten der SED-Parteileitung des SRK wird als „zentrale politisch-ideologische Frage“ 1961 „die Frage der Deutschen Demokratischen Republik“ in den Mittelpunkt gestellt: Es gehe darum, „darzustellen, daß der Sozialismus das Bestimmende in Deutschland ist.“[68] Entsprechend den Forderungen des 12. Plenums des ZK der SED (16.–19.03.1961) hatte die Rundfunkparteileitung im Juni eine Vorlage zur „Sparsamkeit und besseren Ausnutzung vorhandener Kapazitäten“ unter „Berücksichtigung der besonders angespannten Valutasituation“[69] erarbeitet und sich in ihren Leitungssitzungen immer wieder mit Fragen der Ökonomie und der „Störfreimachung“ beschäftigt.

Am 02.08.1961 stand auf der Tagesordnung der zentralen Parteileitung die Auswertung der Gruppenmitgliederversammlungen, in denen nach einer vorangegangenen SED-Aktivtagung des Rundfunks mit dem Leiter der Abteilung Agitation und Propaganda des ZK der SED, Horst Sindermann, überprüft werden sollte, ob „die Sendungen, die Sprache, der Stil den angreiferischen Elan, den ideologischen Gehalt besitzen, den der Grad des Klassenkampfes verlangt.“ Angesprochen wurden Probleme der „Selbstzufriedenheit, ideologischen Sorglosigkeit“ und vor allem „Abwertung“ (z. B. in der Abteilung Außenpolitik), „Wirtschaftsschwierigkeiten“ und „Grenzgängerproblem“, z. B. in der Technik, wo eine Reihe von Kollegen den Rundfunk verließen, „ohne daß bekannt ist, wo sie hingegangen sind. Unsere Genossen haben den Auftrag, mit ihnen Verbindung aufzunehmen und festzustellen, ob sie Grenzgänger geworden sind und versuchen, sie zurückzuholen.“[70] Resümierend agitierte der Sekretär der Zentralen Parteileitung Kischnek: „Die Partei hat einen Kampf zu führen, in dem höchste Aktivität, höchste Wachsamkeit und höchste Schlagkräftigkeit geboten sind.“

Während des Mauerbaus am 13.08.1961 begann der Berliner Rundfunk mit der Ausstrahlung eines Sondernachtprogramms, das unter dem Motto „Ihr wacht für uns – wir senden für Euch!“ sechs Wochen lang für Grenztruppen, Volkspolizei und Kampfgruppen viel Musik, unterhaltende Moderation und Grüße an die Soldaten brachte. Dafür erhielt die Redaktion am 07.10., dem DDR-Geburtstag, die „Medaille für ausgezeichnete Leistungen in den bewaffneten Organen das MdI“. In einer ersten „Auswertung der Erfahrungen seit dem 13. August“ stellte der Sekretär der Zentralen Parteileitung (ZPL) Kirschnek fest, daß die „Parteiorganisation im Hause ihre Kampfkraft bewiesen hat. Ihre hohe Aktivität zeigte sich an vielen Beispielen. Es gab Genossen,

67 Ebd.
68 IfGA/ZPA IV 7/031/009, Bericht vom 8.2.1961.
69 IfGA/ZPA IV 7/031/009, Vorlage vom 7.6.1961.
70 IfGA/ZPA IV 7/031/009, Protokoll vom 2.8.1961.

die nach dem 13. August fast nicht das Haus verlassen haben und ständig der Partei und dem Sender zur Verfügung standen. Sie haben ein ungeheures Arbeitspensum bewältigt, haben Bekennermut gezeigt und die Maßnahmen aus innerster Überzeugung verteidigt. Im ganzen Hause gab es eine ausgeprägte Kampfentschlossenheit. Ein neuer Stil des Journalismus wurde entwickelt, der mit Satire und Humor, bissig und schlagfertig und mit großer Sicherheit die Lage darstellte. Sehr viele mittlere journalistische Kader wurden mitgerissen und haben es zu Spitzenleistungen gebracht. ... Es haben sich aber auch Schwächen gezeigt. Es gibt Genossen, die ihr Fachleute-Denken noch nicht überwunden haben, vor allem unsere Regisseure und Dramaturgen, die es nicht für nötig erachteten, sich sofort zu melden. Einige Journalisten fühlten sich 'zu schade', in der 2. Hundertschaft Wache zu stehen. Es gab Schwankungen, die sich in den verschiedenen Formen zeigten, z. B. in der Kritik 'ist das nicht ein bißchen zu scharf?'."[71]

Im „Bericht über die Kaderarbeit ..."[72] werden die Maßnahmen des 13. August und der Folgetage im Funkhaus Nalepastraße genauer beschrieben: „Ein bestimmter Teil der Redakteure bildete die erste Hundertschaft der Kampfgruppe. Sie war für Bedingungen der Sendetätigkeit unter Beschuß aufgestellt worden und erstrekte sich auf die zuverlässigsten Mitarbeiter. Für den Fall direkter Unruhen sollten die Sendungen im Bunker durchgeführt werden. Einzelne Züge hätten andere Sendestellen in der Republik besetzt. Da dieser Fall nicht eintrat, sendete der Rundfunk sein übliches, aber stark erweitertes Programm. Dabei arbeiteten Kampfgruppenmitglieder und sämtliche anderen redaktionellen Mitarbeiter nebeneinander ... Es hat sich bewährt, daß verschiedene Einsatzgruppen innerhalb der Sender zusammengestellt wurden und unter Leitung eines Komiteemitgliedes ein besonderer Einsatzstab arbeitete, mit dem schnell innerhalb des Programms Sonderaufgaben erledigt wereden konnten."

Der Bericht gibt eine zusammenfassende Beschreibung über die „Auswirkungen der Kaderarbeit auf die politisch-fachliche Tätigkeit am 13. August 1961"[73]: „Eine Vorentscheidung über die Bewährung der Kader waren die drei Wochen, die dem 13. August vorausgingen. In dieser Periode forderte der Rundfunk zu energischem Vorgehen gegen Grenzgänger und Feinde der Republik auf. In den vergangenen Jahren hatte das Komitee die redaktionellen Mitarbeiter dazu angehalten, gegen revisionistische, antiparteiliche und dogmatische Auffassungen zu polemisieren und sich mit der Ideologie der Westzonen kämpferisch auseinanderzusetzen. Dazu kam eine systematische, parteierzieherische Arbeit in den Sendern. Durch diese Vorarbeit war der

71 IfGA/ZPA IV 7/031/009, Protokoll vom 28.8.1961.
72 Bericht „Über die Kaderentwicklung im Deutschen Demokratischen Rundfunk" vom 25.9.1961, Bundesarchiv Potsdam: R6/218.
73 Ebd.

Übergang zur Propagierung des offenen Vorgehens gegen subversive Elemente innerhalb der Republik für die Kollektive der Mitarbeiter leicht zu finden. Die überwiegende Mehrheit der Kader begann unter dem Eindruck des 13. August die bewaffneten Streitkräfte mit neuartigen Mitteln wirkungsvoll zu propagieren, ihre Rolle zusammen mit der Stärke der Sowjetunion zu erklären und zugleich die ökonomischen Aufgaben nach dem 13. August im Zusammenhang mit der Störfreimachung in die Sendungen einzubeziehen. Die Hauptdiskussion spielte sich am Ende der ersten Woche nach dem 13. August ab, als plötzlich der 'Stil' der Sendungen von einzelnen Mitarbeitern des Deutschlandsenders angegriffen wurde. Da Radio DDR und der Berliner Rundfunk in Nacht- und Frühprogrammen besonders kämpferische Sendungen zusammengestellt hatten, verteidigten sie mit dem Stil auch die Linie der Partei und gewannen einen Teil der Mitarbeiter des Deutschlandsenders für die neuen Methoden . . . Die führenden Kader arbeiteten in dieser Zeit stärker redaktionell als es gewöhnlich üblich ist und gewannen an Autorität bei den Mitarbeitern, weil sie sich vorbildlich an der Entwicklung einer schlagkräftigen inhaltlich qualifizierten Sprache beteiligten. Die mittleren Kader leisteten wesentlich mehr als sonst und führten freiwillig und diszipliniert die Aufgaben, die mit dem stark erweiterten Programm verbunden waren, durch. . . . Mit der Diskussion über den 'Stil' der Sendungen war eine Kritik an der starken Betonung der Rolle der bewaffneten Streitkräfte verbunden."[74]

Durch die Arbeit der Rehabilitierungskommission sind auch Beispiele von Entlassungen nach dem Mauerbau bekannt: Nicht nur die wenigen Musiker der Rundfunkorchester oder andere Angestellte des Funkhauses, die ihren Wohnsitz noch in West-Berlin hatten, wurden entlassen, auch der Parteilinie nicht entsprechende politische „Haltungen zum Mauerbau" wurden geahndet. Der Intendant des Deutschlandsenders unterschrieb im September 1961 die Kündigung von Frau . . ., in der es heißt: „. . . Sie haben durch Ihr Verhalten die kollektive Arbeit in der Musikabteilung gröblichst gestört; Ihre Verbindungen zu Bürgern der Westzone, die hier vorübergehend bei Produktionen mitgewirkt haben, sind so gestaltet, daß wir in diesen eine Gefährdung unserer Tätigkeit sehen müssen." Daß sich Frau . . . „als einzige" Mitarbeiterin weigerte, sich nach dem Mauerbau am sogenannten „. . . Produktionsaufgebot, das von den Werktätigen unserer Republik zur Stärkung ihres Staates auf allen Ebenen eingeleitet wurde . . .", zu beteiligen, wurde als zusätzlicher Kündigungsgrund herangezogen.[75] Die Kündigung von Herrn . . ., 1961 Nachwuchs-Nachrichtensprecher bei Radio DDR, begründete der Intendant mit: „Sie haben in Zusammenhang mit den Maßnahmen der Regierung vom 13. August d.J. zum Schutze der Republik und der Bevölkerung in

74 Ebd.

75 Aus unveröffentlichten Dokumenten der Rehabilitierungskommission im Funkhaus Nalepastraße, die sich im Mai 1990 gebildet hat.

Berlin eine Haltung eingenommen, die im Interesse der Sicherheit mit der Tätigkeit eines Nachrichtensprechers beim Deutschen Demokratischen Rundfunk unvereinbar ist." Die Lebensgeschichte Herrn ... veranschaulicht auch ein Stück der widerspruchsvollen DDR-Geschiche: Nachdem er im Mai 1952 eine erste Tätigkeit als Techniker beim Berliner Rundfunk in der Masurenallee aufgenommen hatte, folgte er bereits wenige Monate später einem Aufruf der Betriebsleitung an die jungen Rundfunkmitarbeiter, in der gerade gegründeten „Kasernierten Volkspolizei" Dienst zu tun. Während seiner kriminalpolizeilichen Arbeit in den Jahren 1955 bis 1958 geriet er in Konflikt mit der SED und ihren Doktrinen. Diskussionen über die Abrechnung mit dem „stalinistischen Personenkult" in der Sowjetunion, die Ereignisse in Ungarn 1956 oder das Dogma der Klassenkampf-Theorie sowie zu gesellschaftlichen Mißständen in der DDR, insbesondere zur inneren Beschaffenheit der Volkspolizei, führten zu seinem Parteiausschluß und zur Entlassung aus dem Polizeidienst. Er arbeitete als Kraftfahrer, bis er – nach der Aufhebung seines Parteiausschlusses – im Januar 1959 wieder Anstellung beim Rundfunk fand. Als ihm Ende August 1961 der Beuch seines schwerkranken Vaters in West-Berlin verwehrt wurde, bezeichnete er diese Haltung der Parteileitung als unmenschlich und äußerte seine Zweifel an der Partei- und Staatspolitik Ulbricht'scher Prägung, was ihm die erneute Entlassung einbrachte.[76]

Für die Kaderleitung des Staatlichen Rundfunkkomitees ist die wichtigste „Schlußfolgerung des 13. August, daß wir die Schere, die es zwischen den fachlichen ausgezeichneten Leistungen einzelner Leute und ihrem persönlichen Verhaltens gibt, schließen müssen; daß wir die guten, treuen Genossen, die auch eine gute fachliche Arbeit geleistet haben, systematisch zu Spitzenjournalisten entwickeln müssen."[77] Die SED-Parteileitung mußte die Bilanz ziehen: „Über 30 Mitarbeiter des Rundfunks sind im Jahre 1961 zum Verräter geworden und haben die Republik verlassen, davon mehr als zehn noch nach dem 13. August."[78] Insgesamt waren es 207.000 Menschen, die 1961 die DDR verließen.

9. *Zwischen Anpassung und Opposition – Die SED-Hörfunkpolitik der 60er Jahre*

Die SED-Rundfunkpolitik der 60er Jahre ist bestimmt von zwei gegenläufigen Tendenzen: Einerseits ist eine Abkehr von der „Holzhammermethode" der Agitation und Propaganda zu verzeichnen, andererseits läßt sich immer

76 Ebd.
77 Bericht zur Generallinie der Kaderpolitik vom 17.10.1961. Bundesarchiv Potsdam: R6/218.
78 IfGA/ZPA IV 7/031/009, Protokoll vom 20.9.1961.

wieder das Beharren auf den „Klassenstandpunkt“ in „ideologischen Fragen“ feststellen. Eine Untersuchung der Programmstruktur des Hörfunks der 60er Jahre[79] ergibt, daß 1963/64 neue Bestimmungsfaktoren an die Stelle der bisherigen, einseitig normativ mit Versatzstücken der Klassiker des Marxismus-Leninismus begründeten, Medienpolitik traten: „... nicht mehr die Erfüllung der Aufgaben als kollektiver 'Agitator, Propagandist und Organisator', sondern die Nutzungsgewohnheiten beeinflußten die Programmstrukturen. Mit der Einführung des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung (NÖSPL) ab 1963, einem wirtschaftspolitischem Konzept, das auf Strukturveränderungen durch Koordination statt Zentralismus in der Planung abzielte und vorübergehend die Eigenverantwortlichkeit von Betrieben und nachgeordneten Instanzen stärkte, wurden auch effektivere redaktionelle Organisationsformen geschaffen. Die neuen Bestimmungsfaktoren der Programmpolitik wurden zunehmend aus sozialwissenschaftlichen Untersuchungen und regelmäßigen Höherumfragen abgeleitet. Dies war zugleich eine Reaktion auf die Entwicklung des Fernsehens als Massenmedium. In Anlehnung an westliche Hörfunksender erfolgte ein Wandel vom Programm- zum Magazinfunk. Großflächige Einheiten, gemischt aus Wortbeiträgen und Musik lösten die Aufeinanderfolge vieler kurzer Sendungen ab. Mit attraktiven Sendungen in den Morgenstunden, mehr Nachrichten, Auslandsinformationen und einer stetigen Aufwertung der Unterhaltung ging nun auch der DDR-Rundfunk stärker auf die Arbeits- und Freizeitgewohnheiten seiner Hörer ein.

Die mit dem Bau der Mauer und durch das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung eingeleitete wirtschaftliche Gesundung und innere Konsolidierung der DDR ließ zahlreiche Künstler, Schriftsteller und auch Journalisten hoffen, sich nun mit den Mängeln der eigenen Gesellschaft auseinandersetzen zu können. Die SED-Politbürokraten reagierten jedoch schon auf das von tschechoslowakischen Intellektuellen (mit einer Entfremdungsdebatte) auf der internationalen Kafka-Konferenz (im Schloß Liblice) bei Prag bereits im Mai 1963 ausgelöste Tauwetter argwöhnisch und sahen darin den Versuch, „einen revisionistischen Standpunkt“ in der Kulturpolitik durchzusetzen. In einem Protokoll der zentralen Parteileitung des SRK ist dazu vermerkt, „... daß es bei diesen Dingen nicht in erster Linie um die Ästhetik geht, sondern um politische Fragen ... und die damit verbundenen falschen oder sogar feindlichen Gedanken über die Kunstauffassung.“ Und die Maxime hieß: „In der Ideologie darf es keine friedliche Koexistenz geben.“[80] In der DDR sollte nichtkonformes Denken unter Intellektuellen, Kritik an der politischen und ideologischen Praxis keinen Raum gewinnen.

79 Vgl.: Rolf Geserick: 40 Jahre Presse, Rundfunk ..., a.a.O., S. 86 und 133 ff.
80 IfGA/ZPA IV A7/031/005, Protokoll vom 3.4.1963.

Als der Physiker Robert Havemann in seiner stark besuchten Vorlesungsreihe an der Humboldt-Universität im Wintersemester 1963/64 prinzipielle marxistische Kritik am SED-Kurs und an der Gängelung der Wissenschaft äußerte, war die Parteileitung des Staatlichen Rundfunkkomitees (SRK) anfangs noch bemüht, entschuldigend zu erklären, daß „... seine falschen Auffassungen aus der ungenügenden Kenntnis und dem Nichtverstehen der untrennbaren Zusammenhänge zwischen Ökonomie, Politik und Kultur herrühren ...“ würden, was „... bei Havemann nicht nur zu Einstellungen und Verfälschungen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung, sondern sogar zu feindlichen Angriffen gegen unsere Partei ...“ führen würde.[81] Eine Woche später gab sie eine dem SED-Wahrheitsmonopol entsprechende Bewertung vor: „Havemann ist ein Signal dafür, daß nach dem V. Parteitag und der Kulturkonferenz eine gewisse ideologische Ruhe eingetreten ist und Großzügigkeit gewährt wurde. Das hat zu falschen Ansichten geführt, diese wurden nicht genügend bekämpft ... Der Kampf gegen Dogmatismus und Stalinismus wird von der Partei geführt und nicht von irgend jemand. Havemann kämpft in diesem Falle gegen die Partei.“[82] Die Schlußfolgerungen waren, daß „alle falschen Ansichten der Parteileitung bekannt werden (müssen), um sie zum Anlaß zu nehmen, prinzipiell darüber zu diskutieren“ sowie „Ein Nein zu Havemann und ein Ja zur Politik unserer Partei in Fragen Kafka, Havemann usw.“[83]

Nicht nur an Universitäten und unter Jugendlichen, auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen, selbst in den Reihen der SED, machte sich Unzufriedenheit Luft. Im Staatlichen Rundfunkkomitee waren es beispielsweise Genossen der Grundorganisation Dramaturgie, die bei der zentralen Parteileitung intervenierten, „daß sie mit der Absetzung des Hörspiels ’Strafsache Wellershof’ von Rolf Schneider und mit der Verfahrensweise nicht einverstanden sind.“[84] Das Hörspiel Schneiders, in dem es um wirtschaftliche Mißstände und falsche Leitungsentscheidungen ging, die der Einzelkämpfer Wellershof im Rahmen einer Gerichtsverhandlung zur Sprache bringt, war ohne Begründung vom Komitee abgesetzt worden. Nach dem zur Klärung anberaumten Abhören des Hörspiels akzeptierte die zentrale Parteileitung zwar, „... daß es im Sozialismus Widersprüche gibt ... aber man hilft „dem Autor“ nicht, wenn mann ihn auf seiner unmarxistischen Position beläßt ...“[85] Schließlich setzten sie den Dramaturgen auseinander: „... das Hörspiel orientiert nicht nach vorn, stimuliert nicht, die herangereiften neuen Probleme zu lösen, sondern hinterläßt das Gefühl der Depression“,[86] doch es müsse weiter an diesem interessanten Gegenwartsstoff gearbeitet werden.

81 IfGA/ZPA IV A7/031/006, Protokoll vom 11.3.1964.
82 IfGA/ZPA IV A7/031/006, Protokoll vom 18.3.1964.
83 IfGA/ZPA IV A7/031/006, Protokoll vom 18.3.1964.
84 IfGA/ZPA IV A7/031/006, Protokoll vom 16.6.1965.
85 IfGA/ZPA IV A7/031/006, Protokoll vom 17.6.1965.
86 IfGA/ZPA IV A7/031/006, Protokoll vom 30.6.1965.

Mit einem Frontalangriff gingen die Ideologiesachwalter der SED-Führung auf dem berüchtigten 11. „Kultur"-Plenum im Dezember 1965 gegen „spießbürgerlichen Skeptizismus", „ideologische Diversion" und „subjektivistische Auffassungen" kritischer Schriftsteller, Künstler und Rundfunkjournalisten (so beim Jugendstudio DT 64) vor, die „in Übereinstimmung mit der Linie des Gegners im Zuge einer sogenannten Liberalisierung die DDR von innen aufweichen wollen". Damit verteidigte die SED-Führung konsequent ihr Monopol auf gesellschaftspolitische Zwecksetzung, ohne dabei auf Methoden unmittelbarer Gewalt, wie in den 50er Jahren, zurückzugreifen. Die Herrschaftstechniken der 60er Jahre zielten auf Integrationseffekte und Disziplinierung: Für politische Anpassungsbereitschaft und parteikonformes Engagement wurde materieller Wohlstand in Aussicht gestellt. In Ideologiebereichen wie dem Staatsrundfunk der DDR war der Konformitätsdruck durch Methoden der Integration und Ausgrenzung, durch ein System der Disziplinierung nichtanpassungswilliger „Querdenker" und der Prämierung von Wohlverhalten besondes hoch. Leiter, die noch immer nicht der SED beigetreten waren, wurden einfach aus ihrer Funktion abberufen, wie z. B. Gerhard Rentzsch als Chefdramaturg der Hauptabteilung Funkdramatik 1966.[87]

Wegen angeblicher politischer Fehler und Versäumnisse wurde 1969 Ernst Dornhof von seinem Platz als Leiter der Literaturredaktion abberufen. Die gegen ihn erhobenen Vorwürfe reichten von „Verstößen gegen die Literaturpolitik der DDR", übe die „Verletzung von Prinzipien bei der Erziehung sozialistischer Persönlichkeiten" bis hin zur „Verbreitung offener nihilistischer Grundkonzeptionen" – festgemacht an Literatursendungen wie das „Schatzkästlein" und „In literarischen Zeitschriften geblättert".[88] Durch Zeitzeugen und mit Hilfe der inzwischen geöffneten Archive werden uns heute auch aktive Widerstandshandlungen Einzelner bekannt.

10. *Frühling in Prag – Eiszeit im Funkhaus – SED-Hörfunkpolitik während der Invasion der CSSR 1968*

Während das Jahr 1968 im Westen für Studentenbewegung und APO steht, für öffentliche Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit, Ostermarschbewegung, Proteste gegen Notstandsgesetze und Vietnamkrieg wie auch für eine entstehende antiautoritäre Subkultur der Jugend, war im Osten ein anderes Ereignis von tiefgreifende Wirkung: Der Prager Frühling von 1968 ließ zwölf Jahre nach dem XX. Parteitag der KPdSU erneut Hoffnungen aufkeimen, das poststalinistische großmachtpolitische System sei von innen heraus reformierbar. Der „Sozialismus mit menschlichem Antlitz"

87 Aus unveröffentlichten Dokumenten der Rehabilitierungskommission.
88 Ebd.

in der CSSR schuf kurzzeitig ein bedeutsames Identifikationsmoment für eine Alternative zum Politbürokratismus.

Ab März 1968 ergingen in den allwöchentlichen „Argumentationen“ der Abteilung Agitation im „großen Haus“, dem ZK der SED, regelmäßige Informationen „zur gegenwärtigen Lage in der CSSR“. „Wachsamkeit“ war angesagt. Am 21. August 1968 wurde ab 6.00 Uhr stündlich im Rundfunk die „Erklärung über den Hilferuf internationalistischer Kräfte der CSSR“ sowie die TASS-Erklärung über den Truppeneinmarsch verlesen. Während Hörfunkprogramme und Nachrichten ansonsten unberührt planmäßig weiterliefen, legten SRK und Zentrale Parteileitung in „außerordentlichen Sitzungen“[89] erhöhten Einsatz fest. Sprachregelungen für die Berichterstattung wurden verordnet. Es sei von „**Verbündeten**-Truppen“ zu sprechen, da „zum Warschauer Vertrag natürlich mehr Staaten gehören“; Argumente wurden eingehämmert: „die verfassungsmäßige Ordnung der CSSR war absolut gefährdet“ und „die Konterrevolution hat sich sehr rasch organisiert, was sich besonders in den Massenmedien zeigte, die in der Praxis zu Tribünen der antisozialistischen Kräfte geworden“ seien.[90]

Am 26.08.1986 gab die Parteileitung im SRK eine „erste Einschätzung der Situation“[91]: Insgesamt sei die Lage durch „außerordentliche Einsatzbereitschaft“ gekennzeichnet, obwohl sich „dieses Verhalten nicht in jedem Fall aus Klarheit über die politischen Zusammenhänge und aus uneingeschränkter Zustimmung ergibt“. Auf journalistischem Gebiet, würde „die Arbeit während dieser Zeitspanne die Kaderkenntnis vertiefen“. „Unklarheiten und Schwankungen“ zeigten sich bei „den Klangkörpern und in der Studiotechnik“, dort sind „die Kollegen . . . von der Notwendigkeit und Richtigkeit der militärischen Hilfeleistung noch nicht überzeugt.“ Im Tanzorchester ab es „mehrere Diskussionen“ mit dem tschechischen Trompeter Miloslav Buresch, der erklärte, „es sei alles ganz anders, als wir es darstellten“. Festgelegt wurde, seinen „Einfluß auf die Orchestermitglieder“ sorgfältig zu beobachten und ihn „mit seiner Meinung (zu) isolieren“, ansonsten müßte sein „Vertrag gelöst werden“. Handlungsbedarf sah die Parteileitung auch gegenüber dem offiziell akkreditierten Korrespondenten des Tschechoslowakischen Rundfunks, Jan Sekaj, der in der Funkhauskantine „die bekannte antisozialistische Haltung tschechischer Rundfunkmitarbeiter zum Ausdruck“ gebracht hatte. Im „Bereich der Dramaturgie“ hätte die Partei „keine Illusionen über den politisch-ideologischen Zustand und beobachte die Entwicklung genau“. Mit erhobenem Zeigefinger verwiesen die SED-Funktionäre darauf, „daß der Weg der Konterrevolution

89 Bundesarchiv Potsdam: R6/365, Protokoll der außerordentlichen Komiteesitzung vom 21.8.1968.
90 IfGA/ZPA IV B7/031/004, Protokolle der Leitungssitzung und Sekretariatssitzumg vom 21.8.1986.
91 IfGA/ZPA IV B7/031/004, Bericht der SED-Betriebsparteiorganisation vom 26.8.1968.

in der CSSR schon jahrelang im kulturellen Leben des Landes zu spüren war“.[92]

Bei „Radio Berlin International“ spielte „die Haltung der ausländischen Mitarbeiter eine besondere Rolle“, bei denen sich „aufgrund der Haltung ihrer Parteien ... Unklarheiten“[93] zeigten. Auf Beschluß des Politbüros vom 19.07.1968 waren SED-Leitungskader von RBI mit „täglichen Sendungen in tschechischer und slowakischer Sprache ... gegen den westdeutschen Imperialismus und seine Einmischungsbestrebungen in der CSSR“[94] beauftragt. In Zusammenhang mit diesem unter Geheimhaltung stehenden „Sender Moldau“ verwies die zentrale Parteileitung wiederholt darauf, daß „nicht immer wieder Fragen gestellt werden an Genossen, die Sonderaufgaben in diesem Hause lösen“. Auch die Techniker waren „zur vollen Verschwiegenheit zu verpflichten“.[95]

Obwohl die „klare, parteiliche“ Berichterstattung des Rundfunkkorrespondenten Gerhard Edelmann in Prag „auch von der Parteiführung bereits mehrfach gelobt wurde“, geriet die Abteilung Außenpolitik ausgerechnet durch Verweigerung und Widerstand zweier Auslandskorrespondenten in Aufregung. Bereits im Juli 1968 ließ der Moskauer Korrespondent des DDR-Rundfunks, Adolf Herlitzka, Vorbehalte gegenüber der vorgegebenen „Einschätzung über den außerordentlichen Ernst der Lage in der CSSR“ erkennen. In den „täglichen Telefongesprächen mit ... der Hauptabteilung Außenpolitik“ hatte er „über bestimmte Veröffentlichungen in der sowjetischen Presse – die CSSR betreffend – nicht exakt informiert“.[96] Einen Monat vor der Invasion ersuchte Adolf Herlitzka, der bis 1945 in der CSSR gelebt hatte, um sein Ablösung als Korrespondent. Er wurde vorerst „in der Außenpolitik beschäftigt“, wo die Parteigruppe im Funkhaus Nalepastraße mit ihm bis in den August 1969 hinein „Aussprachen“ über seine „ideologischen Unklarheiten“ führte, bis Herlitzka im November 1969 einen „Übersiedlungsantrag auf Familienzusammenführung“ in die CSSR stellte.[97]

Auch der Skandinavienkorrespondent Hans Wachholz gab in einer von Opportunismus bis hin zum Bejubeln poststalinistischer Großmachtpolitik dominierten Zeit, Zeugnis mutigen politischen Handelns: Am 21.08.1968 informierte er die außenpolitische Redaktion des SRK, daß er „gegen die Beteiligung der DDR am Einmarsch in die CSSR protestiere und bereit sei, einen entsprechenden Kommentar zu machen“. Ihm wurde gesagt, „er solle Ruhe bewahren, weil die Verwirrung auch in der Redaktion groß“ sei.

92 IfGA/ZPA IV B7/031/004, in: Argumente aus der Sekretärbesprechung vom 29.8.68.
93 IfGA/ZPA IV B7/031/004, Bericht der SED-Betriebsparteiorganisation vom 26.8.1968.
94 IfGA/ZPA: IV”/“/1183: Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 19.7.1968.
95 IfGA/ZPA: IV B7/031/004, Protokolle der Sekretärbesprechungen vom 26.8.1968 und 21.10.1968.
96 IfGA/ZPA: IV A 2/2.028/60, Mitteilung Büro Norden vom 24.7.1068.
97 IfGA/ZPA: IV B7/031/005, Protokolle der BPO-Leitungssitzungen vom 2.4.1969 und 26.11.1969.

Bereits eine Stunde später besuchten ihn Leiter und Parteisekretär der DDR-Handelsvertretung, die ihn warnten, einen Beschluß der Parteiführung in Frage zu stellen: „In einer solchen Situation beweist sich der Klassenstandpunkt“ und „die Partei wird nicht dulden, daß feindliche Elemente die Situation ausnutzen und ihr in den Rücken fallen“. Auf die Frage, wie die von Ulbricht am 12. August in Karlovy Vary unterschriebene Versicherung, die Integrität der CSSR zu respektieren, mit der Intervention zu vereinbaren sei, erhielt er die Antwort: „Die Parteiführung weiß, was zu tun ist.“[98] In Rostock verhörte die Staatssicherheit seine Familienangehörigen und diktierte der Schwester einen Brief. Rundfunkkomitee-Mitglied Werner Sydow reiste mit diesem Brief nach Stockholm und bot Hans Wachholz für dessen Rückkehr einen Chefredakteursposten bei der Zeitschrift „Horizont“ oder im Fernsehfunk an. Der massive Druck auf ihn und seine Familie veranlaßte Hans Wachholz dazu, in einem Interview mit seinem Protest an die Öffentlichkeit zu treten. Als er sich entschied, nicht mehr in die DDR zurückzukehren, beschlagnahmte das MfS sein Eigentum. Nach der Wende wurde Hans Wachholz im August 1990 im Funkhaus Nalepastraße öffentlich rehabilitert.

Die Bilanz des Jahres 1968 in der DDR ist, daß es der SED-Politbürokratie wieder einmal gelang, mit einer Welle disziplinarischer Maßnahmen ihre Richtlinienkompetenz im Partei- und Staatsapparat, sowie gegenüber anderen Institutionen und Organisationen durchzusetzen und letztlich Hoffnungen auf eine sozialistische Perspektive zu erstricken.

11. *Zwischen Entspannung und Abgrenzung – SED-Hörfunkpolitik der 70er Jahre*

In den 70er Jahren stand die SED-Hörfunkpolitik im Spannungsfeld von internationaler Öffnung und innerer Abgrenzung. Als historische Zäsur im Kontext der internationalen Entspannung des Ost-West-Konfliktes gelten die nach dem Ende der Ära Adenauer/Erhard einsetzende neue Ostpolitik Willy Brandts und der außenpolitisch erfolgreiche DDR-Kurs nach Honeckers Machtübernahme auf dem VIII. SED-Parteitag im Juni 1971. Die 1970 begonnenen Verhandlungen zwischen den Staatssekretären im Bundeskanzleramt, Egon Bahr, und beim Ministerrat, Michael Kohl, führten im Dezember 1972 zum Abschluß des Grundlagenvertrages über die Beziehungen der BRD und der DDR. In den Medien wurde diese Entwicklung mit der nachdrücklichen Betonung der „friedlichen Koexistenz“ von zwei Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gespiegelt. Im Dezember 1970 hatte Erich Honecker auf dem 14. Plenum des SED-Zentralkomitees erklärt, daß sich „zwischen der

98 Aus unveröffentlichten Dokumenten der Rehabilitierungskommission im Funkhaus Nalepastraße, die sich im Mai 1990 gebildet hat.

sozialistischen DDR und der imperialistischen BRD ein objektiver Prozeß der Abgrenzung und nicht der Annäherung“ vollziehe. Auf dem VIII. Parteitag 1971 wurde dann die Zwei-Nationen-Theorie verkündet, nach der man bei der Einschätzung der nationalen Frage „von ihrem Klasseninhalt ausgehen“ müsse, woraus die „bürgerliche Nation“ und die „sozialistische Nation“ abgeleitet wurden.

Eine Folge der Abgrenzungspolitik zur BRD war die Umbenennung zahlreicher Institutionen und Einrichtungen, die in ihrem Namen das Wort „deutsch“ enthielten. So stellte auch der Deutschlandsender am 14.11.1971 seine Arbeit ein, und seine Frequenzen gingen ab 15.11. auf „Stimme der DDR“ über. Mit der neuen Bezeichnung und einem neuen Programm wurde auch der Anspruch aufgegeben, gezielt für Hörer in der Bundesrepublik senden zu wollen. Zugleich stellte die speziell auf West-Berlin orientierte „Berliner Welle“ ihre Sendungen ein. Der „Deutsche Freiheitssender 904“ beendete sein Programm am 01.10.1971 und schließlich wurde am 01.07.1972 auch der „Deutsche Soldatensender 935“ eingestellt. Die Nationalhymne der DDR „Deutschland, einig Vaterland“ wurde seit dem 1. August 1971 zum Programmabschluß vom Radio DDR und Berliner Rundfunk ohne Gesang des Textes gespielt.[99]

Am 15. September 1968 war die Teilung des Staatlichen Rundfunkkomitees vollzogen worden, zurückzuführen vor allem auf den gestiegenen Stellenwert des Fernsehens, das nun nicht mehr als eine Unterabteilung des Rundfunkkomitees geführt wurde. Es entstanden als Rechtsnachfolger des 1952 gegründeten Rundfunkkomitees, und formal weiterhin beim Ministerrat der DDR angebunden, ein Staatliches Komitee für Fernsehen (Vorsitzender: Heinz Adameck) und ein Staatliches Komitee für Rundfunk (Vorsitzender: Reginald Grimmer; ab 06.07.1971 Rudolf Singer) als zentrales Leitungsorgan aller Hörfunksender. 1970 wurde eine Zentrale Hauptabteilung Nachrichten beim rundfunkkomitee gegründet, die für alle vier Inlandsprogramme über 500 wöchentliche Nachrichtensendungen (40 % des Wortangebotes in den 70er Jahren) zusammenstellte.[100]

Nach dem Durchbruch zur internationalen Anerkennung – allein im Dezember 1972 nahmen innerhalb von drei Wochen 21 Staaten diplomatische Beziehungen mit der DDR auf – zeigte die SED-Führung ein gewachsenes Selbstbewußtsein. Zunehmend fand eine Verlagerung vom Kampf mit den westlichen Massenmedien zur Auseinandersetzung mit ihnen statt. Die notgedrungen entwickelte flexiblere Einstellung wurde erstmals öffentlich, als Erich Honecker auf der 9. ZK-Tagung im Mai 1973 beiläufig die „westlichen Massenmedien, vor allem der Rundfunk und das Fernsehen der BRD, die ja bei uns jeder nach Belieben ein- oder ausschalten kann . . .“, erwähnte. 1974 las

99 DDR-Handbuch. Herausgegeben vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Köln 1985 (3. Aufl.), 2 Bände; Bd. 2, S. 881.

100 Vgl.: Rolf Geserick: 40 Jahre Presse, Rundfunk . . ., a.a.O., S. 358.

man in einem vom „Neuen Deutschland“ abgedruckten Honecker-Interview: „In der DDR sind – das ergibt sich schon aus unserer geographischen Lage – Dutzende westlicher Sender, darunter auch solche, die von der USA-Regierung finanziert werden, empfangbar.“[101]

Die Berichterstattung über den Westen wurde formaler, beschränkt auf das Krisengeschehen im Kapitalismus und die Zustimmung zu östlichen Ereignissen und Vorschlägen, der Nachrichtenstil weniger aggressiv. Der Hörfunk übernahm zunehmend „Dienstleistungsfunktion“ mit dem Ausbau des Informations- und Unterhaltungsangebotes, mit informativen Ratgeber- und Antwortsendungen auf Hörerfragen. Das Vormittagsangebot auf Radio DDR II wurde stärker regionalisiert. Wichtige Zielgruppe wurde die Jugend, auf deren Bedürfnisse mit aufgelockerten Magazinsendungen und Anpassung an westliche Musik eingegangen wurde. Die mit dem Deutschlandtreffen 1964 begonnenen Jugendsendungen „Jugendstudio DT 64“ wurden stufenweise ausgebaut. Gerade im Hörfunk, dessen gesprochenem Wort nicht der gleiche verbindliche Charakter, wie dem Gedruckten beibemessen wurde, waren Freiräume möglich und Nischen, wie z. B. bei DT 64. Bestehen blieb aber das Primat der Informationsvermittlung, und weiterhin wurden die Hörer durch den Kommunique- und Protokollstill der Nachrichten ermüdet.

Manfred Klein, von 1970 bis zum Oktober 1989 Chefredakteur der Zentralen Hauptabteilung Nachrichten und damit verantwortlich für die täglich ca. 90 Nachrichtensendungen aller Inlandprogramme, gab nach dem Ende der DDR die folgende Beschreibung ab: „Die Informationspolitik war eine wichtige, in gewissen Zeiten die wichtigste Stütze der Führung und des Apparates der SED. Dieses Monopol funktionierte kurz gesagt so: Es gab eine Wirklichkeit und es gab eine über sie verbreitete Wahrheit der Partei. Eine gängige Floskel brachte das richtig auf den Punkt: die Sicht der Dinge. Diese Sicht war nicht unbedingt die offenkundige Lüge. Die gab es auch, aber geläufiger war ein Konglomerat von Verzerrungen, Weglassungen, Betonungen – nennen wir es bei aller Unschärfe des Begriffs: Halbwahrheiten. Die Dehnung ergab sich aus der Nähe oder Ferne eines Problems. Mit den Jahren dominierte die Weglassung. Über den Verfall der Altbausubstanzen in den Städten oder die grassierende Umweltkatastrophe im mitteldeutschen Raum wurde nicht berichtet. Der genau Beobachtende konnte so aus dem Verschweigen erfahren, wo die drängenden und schließlich unlösbaren Probleme des realen Sozialismus lagen . . .“ Als Freiräume im Rundfunk beschreibt Manfred Klein: „. . .daß uns wegen einer immer stärkeren Dominanz der internationalen Thematik bei entsprechender Rücknahme der Innenpolitik, der Anlehnung an Aufbau und Sound westlicher Agenturen so gut wie keine, jedenfalls nicht prinzipielle, Kritik der Obrigkeit

101 ND 4.6.1974, Interview für die amerikanische Nachrichtenagentur AP.

ereilte.“ Diese Bilanz fügt er „falsche, selbstgesetzte Disziplin, Opportunismus und Selbstgerechtigkeit“ hinzu.[102]

12. *Die Ausbürgerung Wolf Biermanns und ihre Folgen im Staatlichen Komitee für Rundfunk (November 1976)*

Hoffnungen auf eine dauerhafte Kurskorrektur in der Kulturpolitik hatten sich geknüpft an Honeckers Machtantritt und seinen später viel zitierten Ausspruch auf dem 4. Plenum des ZK der SED im Dezember 1971: „Wenn man von den festen Positionen des Sozialismus ausgeht, kann es meines Erachtens auf dem Gebiet von Kunst und Literatur keine Tabus geben. Das betrifft sowohl Fragen der inhaltlichen Gestaltung als auch des Stils – kurz gesagt, die Fragen dessen, was man die künstlerische Meisterschaft nennt.“[103]

Doch die nur wenige Jahre pragmatischere und konziliantere Kulturpolitik der SED-Politbürokraten erlitt 1976 ihren schwersten Einbruch überhaupt. Rückblickend hat die Ausbürgerung Wolf Biermanns aus der DDR drei Tage nach dessen von der IG Metall organisierten Konzert in Köln am 13. November 1976 eine gewaltige, lange nachwirkende Lawine in der Kultur- und Medienpolitik der DDR ins Rollen gebracht. Mit diesem Willkürakt hat das SED-Politbüro einen zersetzenden Keil in die kulturelle Szene der DDR getrieben: die beiden Seiten fanden ihren Ausdruck in Proteststürmen und Ergebenheitsbekundungen. In der Folgezeit gab sich die SED-Politbürokratie der Illusion hin, durch Abschieben des Konfliktpotentials in den Westen würde sich die Situation beruhigen. Mit einem undurchschaubaren System unterschiedlicher Reise- und Ausreisemöglichkeiten, mit und ohne Visum und DDR-Paß oder mit Ausbürgerung aus der Staatsbürgerschaft sorgte sie für ein „intellektuelles Ausbluten“ der Kulturlandschaft der DDR.

Die 1990 gebildete Rehabilitierungskommission im Funkhaus Nalepastraße behandelte zahlreiche Anträge von ehemaligen Hörfunk und Fernsehfunk-Mitarbeitern, die wegen ihres Protestes gegen die Biermann-Ausweisung entlassen wurden. Zu ihnen gehören: Dietmar Meinhold (1976 Redakteur beim Sender Radio DDR), Claus Bredel-Charron (ebenfalls Radio DDR) und Gudrun Bredel. Mit dem Vorwurf „staatsfeindlicher Gruppenbildung“ sollte, direkt gesteuert durch die Abteilung Agitation des ZK der SED, ein Exempel zur Disziplinierung der Kollegen statuiert werden. Das Instrumentarium des SED-Machtapparates wurde zur Terrorisierung der Betroffenen eingesetzt. Dazu gehörten Falschaussagen und Vertrauensbruch, Behinderung und Abweisung von gerichtlichen Klagen, Einschleusen von Stasispitzeln in

102 Manfred Klein: In Verantwortung für den DDR-Hörfunk – Versuche und Versagen. In: So durften wir glauben zu kämpfen. Hg. Edith Spielhagen, Berlin 1993.
103 Neues Deutschland vom 18.12.1971.

das persönliche Umfeld, unrechtmäßige Inhaftierung und Überwachung durch das MfS bis zum Psychoterror. Unter diesem existentiellen Druck entschlossen sich die Opfer, der „Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR“ zustimmen. Bezeichnenderweise war die Aufdeckung der Umstände nur duch Dokumente möglich, die von den Betroffenen der Rehabilitierungskommission zur Verfügung gestellt wurden. Im Funkhaus waren Akten über diese Vorgänge nicht mehr auffindbar. Eine weitere Folge der Biermann-Ausbürgerung war, daß Kritiker des SED-Willküraktes zu Unpersonen erklärt wurden, für die Hörfunkprogramme gesperrt, und bei Wiederholungen wurden ihre Namen im Abspanntext möglichst weggelassen. Das betraf Musiker, Schauspieler, Schriftsteller u. a.

13. *Die Sprengkraft der KSZE-Schlußakte für die Innenpolitik der DDR – Die Behandlung von Mitarbeitern mit Ausreiseanträgen und systemkritischen Haltungen im Hörfunkbereich 1975 bis 1989*

Mit der weltweit vollzogenen völkerrechtlichen Anerkennung der DDR brach für die SED-Führung ein neues Konfliktfeld auf. Die innenpolitische Abgrenzung, im krassen Gegensatz zur außenpolitischen Entspannungspolitik stehend, wurde von der Bevölkerung zunehmend als Druck empfunden, zumal neben Politikern immer mehr sogenannten „Reisekadern“ das Privileg des Reisens auch in westliche Länder – als Zeichen für die Weltoffenheit der DDR – zugebilligt wurde. Nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte von Helsinki im August 1975 beriefen sich immer mehr DDR-Staatsbürger, selbst solche, die sich bislang loyal verhalten hatten, auf ihr Menschenrecht, den Wohnsitz frei zu wählen und stellten einen Ausreiseantrag.

In Ideologiebereichen, wie dem Staatsrundfunk wurden Ausreisebegehren besonders hart geahndet. In der Regel erfolgte die fristlose Entlassung, verbunden mit einem „Hausverbot“ aufgrund der innerbetrieblich geltenden Disziplinar- und Arbeitsordnung. Herangezogen wurde aus der im Gesetzblatt vom 26. März 1969 fixierten „Verordnung über die Pflichten, die Rechte und die Verantwortlichkeit der Mitarbeiter in den Staatsorganen“ insbesondere Absatz II § 4: „Wahrung der Staatsdisziplin, Mehrung und Schutz des sozialistischen Eigentums“. Dort war festgeschrieben: „(1) Die Mitarbeiter sind zu hoher Staats- und Arbeitsdiziplin verpflichtet. Ihr Verhalten muß innerhalb und außerhalb ihrer dienstlichen Tätigkeit der Verfassung der DDR und den Grundsätzen der sozialistischen Moral entsprechen.“

Von den seit 1990 an die Rehabilitierungskommission im Funkhaus Nalepastraße gestellten Wiedergutmachungsanträgen haben über die Hälfte Ausreiseanträge und die darauffolgenden Sanktionen zum Anlaß. Eine Reihe von einschneidenden politischen Konfliktfällen 1974/75 im Rundfunkchor Berlin

veranlaßte die Mitarbeitervertretung des Chores bereits im Dezember 1989 zur Untersuchung der damaligen Vorgänge mit dem Ergebnis von Rehabilitierungsanträgen für sieben ehemalige Kollegen.

Im Oktober 1974 wurden Friedemann Körner und seine Ehefrau durch die Staatssicherheit verhaftet und wegen angeblicher „Vorbereitung zur Republikflucht“ im Juni 1975 zu fünfeinhalb bzw. vier Jahren Haft verurteilt. Die Rehabilitierungskommission kam nach Prüfung der verfügbaren Unterlagen zu der Ansicht, daß drastische Einschüchterungsmaßnahmen im „Fall Körner“ zur Disziplinierung des gesamten Chor-Ensembles getroffen werden sollten. Auf Weisung der Staatssicherheit und der Staatsanwaltschaft wurden wegen angeblicher „Kenntnis von der geplanten Republikflucht“ Dietmar Böttcher, Willi Feldmann und Klaus Ecke fristlos entlassen. Der Widerstand gegen die ungerechtfertigten Entlassungen wurde vom MfS mit massiven Drohungen beantwortet. Mit dem Gefühl der Aussichtslosigkeit in dieser Situation schied Klaus Ecke am 9.10.1975 aus dem Leben. Als Folge war das Vertrauensverhältnis der Kollegen des Rundfunkchores untereinander über Jahre schwer belastet, was auch zu Ausreiseanträgen führte. Die Aufklärung dieser Ereignisse war nicht nur für die Rehabilitierung der ehemaligen Kollegen, sondern auch für das Aufarbeiten der Vergangenheit eines großen Teiles des Chor-Ensembles wichtig.

Barbara Große, Studiotechnikerin im Sender Leipzig, stellte im September 1976 einen Ausreiseantrag. Kritische Einwände gegen politische Bevormundung und Zensur in der Sendearbeit, Sorge um die Weiterentwicklung ihrer Kinder unter den Bedingungen zunehmender ideologischer Beeinflussung in Kindergarten und Schule, Verdächtigungen und Bespitzelungen wegen ihrer Beziehungen zu einer befreundeten, im Westen lebenden Familie, hatten sie und ihren Ehemann zu dieser Entscheidung geführt. Ein Arbeitsverbot im Life-Studio, Forderung zur Anpassung und Antragsrücknahme, flankiert durch die Einmischung der Abteilung Inneres ihres Leipziger Wohnbezirkes, zermürbten schließlich ihre Widerstandskraft, so daß sie ihr Ausreiseersuchen im April 1978 vorerst zurücknahm. Das Mißtrauen der Studiotechnik-Verantwortlichen und staatlichen Einrichtungen blieb bestehen, wie die ihrer Personalakte beigefügten Protokolle aussagen. Frau Große kämpfte, unterstützt durch viele ihrer Kollegen, die sich gegen Isolationsversuche der Studioleitung stellten, weiter. Vergebens. Im Januar 1983 wurde sie aufgrund eines im Oktober 1981 erneut gestellten Ausreiseantrages vom MfS verhaftet. Grund: Landesverräterische Agententätigkeit. Anlaß: Informationsbesuche in der BRD-Botschaft in Prag und der Ständigen Vertretung der BRD in Berlin. Nach fünfmonatiger Untersuchungshaft erfolgte im Juni 1983 die Verurteilung zu zweieinhalb Jahren Gefängnis, nach „Freikauf“ durch die Bundesregierung 1984 die „Ausweisung“ aus der Haftanstalt und DDR in die BRD.[104]

104 Aus unveröffentlichten Dokumenten der Rehabilitierungskommission.

Die Nachrichtenredakteurin Monika Gaubatz, die als fest-freie Mitarbeiterin in der Dänischen Redaktion von Radio Berlin International arbeitet, erhielt noch im August 1989 sofortiges Mikrofon- und Hausverbot, nachdem bekannt geworden war, daß ihr Ehemann, ebenfalls Rundfunkmitarbeiter, von einer Reise in die BRD nicht zurückkehren wird. Sie wurde sogar aufgefordert, die Ehescheidung einzureichen. In der Folgezeit blieben Frau Gaubatz und ihr Kind ohne soziale Absicherung.[105]

Gegenüber der Vielzahl von Rehabilitierungsanträgen, die von schließlich am DDR-System resignierten Ausreiseantragstellern an die Kommission gerichtet wurden, ist die Zahl der Rehabilitierungen aufgrund systemkritischen Verhaltens in den 80er Jahren eher gering. So wurde z. B. wegen seiner Äußerungen in Zusammenhang mit der polnischen Gewerkschaftsbewegung Solidarnocz dem Moderator und Redakteur des Jugendjournals von Stimme der DDR Michael Schiewack im Dezember 1980 mündlich die fristlose Entlassung ausgesprochen, die später in einen erzwungenen Aufhebungsvertrag umgewandelt wurde. In Gesprächen am Kaffeetisch, die denunziert wurden, hatte Michael Schiewack geäußert, daß die Zeit auch für Veränderungen in der DDR reif sei. Vom Intendanten Radmann des Senders wurde ihm gesagt, „den Luxus einer persönlichen Meinung könne er sich leisten, wenn er Schlosser oder Dreher in irgendeinem Betrieb wäre, aber nicht in diesem Haus“. In einer zentralen Argumentation wurde angeordnet, Schiewack sei „eine unerwünschte Person“, er habe Hausverbot und sei auch nicht an anderen Sendern zu beschäftigen.[106] Im August 1990 wurde Michael Schiewack rehabilitiert und im selben Jahr vom Hörfunkrat als neuer Chefredakteur des Jugendsenders DT 64 bestätigt.

Heide und Albrecht Surkau hatten im April 1984 nach jahrelangen Auseinandersetzungen in der Hauptabteilung Funkdramatik ein 200seitiges Schreiben an Erich Honecker gerichtet, in dem sie die Kulturpolitik der DDR und des Hörfunks grundsätzlich kritisierten. Vergebliche, zermürbende Bemühungen um Veränderung der hierarchischen Strukturen im Arbeitsbereich hatten zur Ausreisentscheidung geführt, die sie in diesem Schreiben gleichfalls mitteilten. Daraufhin wurden Heide und Albrecht Surkau fristlos aus dem Funkhaus entlassen. Es folgten Verhöre beim MfS, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahme von Manuskripten, bis schließlich ihre Ausreise im April 1985 gewährt wurde.[107] Als letztes Beispiel für die SED-Hörfunkpolitik der 80er Jahre sei Werner Meschkank genannt, seit 1982 Journalist in der sorbischen Redaktion des Senders Cottbus von Radio DDR. Er mußte bald erfahren, daß sein Bemühen um ehrliche, kritische Berichterstattung mit den Dogmen der von der SED fixierten „marxistisch-leninistischen Nationalitätenpolitik“ kollidierte. Beiträge wurden zensiert, mündliche Äußerungen kolportiert, sein

105 Ebd.
106 Ebd.
107 Ebd.

Einsatz für die gleichberechtigte Anerkennung sorbischer Interessen in der Lausitz als Alleingang verunglimpft. Eine live verbreitete Warnung vor der gewissenlosen Zerstörung sorbischer Dörfer durch die Braunkohleindustrie im Mai 1985 trug ihm den Vorwurf ein, „an Grundprinzipien politischer Sicherheit des Rundfunks als entscheidendes Massenmedium in den Händen des sozialistischen Staates gerüttelt“ zu haben. Ihm wurde „politische Zersetzung und Aufwiegelung“ vorgeworfen. Als Folge wurde Werner Meschkank neben der Arbeit am Live-Mikrofon die weitere journalistische Berufsausübung untersagt. Er entging weiteren Disziplinarmaßnahmen, weil er im Oktober 1985 im Bezirksmuseum Cottbus als wissenschaftlicher Mitarbeiter eine neue Arbeit fand.[108] Werner Meschkank wurde auf Veranlassung der Rehabilitierungskommission mit Unterstützung der Leitung des Landesstudios Cottbus des ORB 1992 in einer öffentlichen Belegschaftsversammlung rehabilitiert.

14. *Zusammenfassende Thesen zur Rolle der Ideologie in der DDR, insbesondere ihrer ausgeprägten Form in den 80er Jahren*

Der Ideologie kam im SED-Staat politische Funktion als Legitimationsinstrument zu, wobei die ideologische Legitimierung realsozialistischer Herrschaftsverhältnisse im wesentlichen Verschleierung der wirklichen Verhältnisse war.

Der gesamte SED-Propaganda- und Agitationsapparat war auf die Funktionalisierung der Medien und ihre Instrumentalisierung unter dem Diktat der Politik ausgerichtet.

Entgegen der offiziellen Selbstdarstellung, die sich auf „objektive Gesetzmäßigkeiten“ berief, war die herrschende Ideologie extrem subjektivistisch in dem Sinne, daß sie lediglich Ausdruck der sich jeweils ändernden Linie der SED war.

Kritik war nur geduldet, soweit sie nicht die Substanz realsozialistischer Herrschaftsverhältnisse berührte; die Grenzen dafür waren fließend.

Zum Wahrheitskriterium wurde a priori „die Partei“ als „kollektiver Ort wissenschaftlicher Politik“ erhoben, womit die Frage nach der Legitimation für die konkrete Politik gar nicht erst zugelassen war.

Mittels ihres Informationsmomopols erklärte sich die herrschende SED-Politbürokratie zum einzigen Organisator der „gesellschaftlich-historischen Notwendigkeit“ und als einzige im Besitz der Grundlagen solcherart „wissenschaftlicher Politik“.

108 Ebd.

Durch die Unantastbarkeit der „objektiven Wahrheit“ wurde der Wissenschaft die Funktion einer Legitimationstheorie zuteil und die Medien wurden zu öffentlichen Muliplikatoren einer geweihten Politik.

Zur durch die SED-Kaderpolitik gewährleisteten Praxis wurde die Hörigkeit gegenüber dem SED-Apparat und den von ihm gesetzten Ideologemen, was sich gerade im Medienbereich zunehmend durch Selbstzensur, die Schere im Kopf von Journalisten, zeigte.

Verlautbarungspresse und Hofberichterstattung sind Ausdruck für eine den Individuen abstrakt gegenüberstehende „Gesellschaft“, in der die Politik den Bürgern als etwas Fremdes und sie Uunterwerfendes direkt gegenübertrat.

SED-Massenmedien standen in einem permanenten unvereinbaren Zielkonflikt zwischen ihrer ideologischen Zielbestimmung gemäß dem Parteiauftrag als Legitimationsinstrumente und ihrer Öffentlichkeitsfunktion, die auf Massenwirksamkeit zielte.

Zusammenfassung

Bereits im Mai 1945 wurde der Rundfunk in der SBZ auf Betreiben und unter Kontrolle der SMAD wiedererrichtet und eine föderative Struktur mit fünf Landessendern geschaffen. Die Leitung des Rundfunkwesens wurde im August 1945 der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung (DVfV) unterstellt. Eine der föderativ demokratischen Struktur gegenläufige Tendenz zeigte sich erstmals im August 1946 als eine „Generalintendanz für die Rundfunksender in der SBZ“ eingerichtet wurde.

In der Zeit der Verschärfung des Kalten Krieges und der wachsenden Konfrontation der beiden Blöcke begann die SED-Führung Ende der 40er Jahre mit diktatorisch-bürokratischen Methoden Macht auszuüben und ein Meinungsmonopol zu errichten. Rundfunk, im SED-Verständis „Agitations- und Propagandainstrument“, bekam in dieser Situation „Bedeutung als Kommandohöhe im Klassenkampf der Partei, beim Aufbau des Staates und im Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus“. Im Dezember 1949 übergab die SMAD die Hörfunkverwaltung offiziell an die gerade gegründete DDR.

Dem stalinistischen Sicherheitsdenken war eine stete Verknüpfung von äußeren und inneren Feinden immanent. So kam es in den Jahren 1949 bis 1952 zu zahlreichen „Säuberungen“ mit Parteiverfahren, Rügen und Absetzungen im Bereich des Rundfunks. Damit wurde allmählich die Zentralisierung des Rundfunksystems vorbereitet, die nach Beschluß der 2. SED-Parteikonferenz 1952 erfolgte. Im August 1952 wurde das „Staatliche Rundfunkomitee“ als oberstes zentrales Leitungsorgan aller Sender gebildet und damit sowohl die politisch-ideologische als auch technisch-organisatorische Rundfunkarbeit straff zentralisiert. Die angeschlossenen Landessender stellten

ihre Eigenprogramme ein und wurden zu Bezirksstudios umfunktioniert, die den Weisungen des Staatlichen Rundfunkkomitees in Berlin und der SED-Bezirksleitungen unterlagen. Das „Staatliche Rundfunkomitee“ beim Ministerrat (SRK) war zwar der Form nach ein Organ der DDR-Regierung, unterstand aber real dem Politbüro der SED und dessen ausführendem Organ im Medienbereich, der Abteilung Agitation und Propaganda des Zentralkomitees der SED. Ein „Bericht über die Kaderentwicklung“ dokumentiert: „Die Bildung des Staatlichen Rundfunkkomitees war eine entscheidende Maßnahme bei der Säuberung des Rundfunks ... Nur die besten, unserer Partei und Regierung treu ergebenen Mitarbeiter wurden übernommen ... Entscheidungen über Kaderfragen wurden von der ideologischen Standfestigkeit des Mitarbeiters abhängig gemacht ...“

Noch vor dem Arbeiteraufstand am 17. Juni erfolgte eine Korrektur des harten Propagandakurses und eine der Auswirkungen des 17.Juni im Rundfunk war im August 1953 die Einführung eines neuen Programms, das mit mehr Unterhaltung statt Agitation stärker auf die Hörerbedürfnisse einging. Bis zum Ende der 50er Jahr wurde mit zahlreichen strukturellen und Programmreformen versucht, den Widerspruch zwischen der vollzogenen organisatorischen Zentralisierung des Hörfunks und der beabsichtigen inhaltlichen Differenzierung des Programmangebots zu lösen.

1958 war dann die Grundstruktur des Hörfunksystems der DDR geschaffen: „Deutschlandsender“, Berliner Rundfunk“ mit seinem zweiten Programm „Berliner Welle“ und „Radio DDR“ ebenfalls mit zweitem Programm sowie „Radio Berlin International“ als Auslandsdienst. Einen Tag nach dem Verbot der westdeutschen KPD im Jahre 1956 nahm der „Deutsche Freiheitssender 904“ seine Sendungen für die BRD auf, die bis zur Zulassung der DKP 1971 aus Burg abgestrahlt wurden. Zwischen 1960 und 1972 richtete sich der „Deutsche Soldatensender 935“ an die Angehörigen der Bundeswehr.

Während des Mauerbaus am 13.8.1961 begann der Berliner Rundfunk mit der Ausstrahlung eines Sondernachtprogramms, das unter dem Motto „Ihr wacht für uns – wir senden für Euch!“ sechs Wochen lang für Grenztruppen, Volkspolizei und Kampfgruppen viel Musik, unterhaltende Moderation und Grüße an die Soldaten brachte. Die zentral Parteileitung des Rundfunks hob den in dieser Zeit entwickelten „neuen Stil des Journalismus“ und die „Bewährung der Kader“ hervor.

Die SED-Rundfunkpolitik der 60er Jahre ist bestimmt von zwei gegenläufigen Tendenzen: Einerseits ist eine Abkehr von der „Holzhammermethode“ der Agitation und Propaganda zu verzeichnen, andererseits läßt sich immer wieder das Beharren auf den „Klassenstandpunkt“ in „ideologischen Fragen“ feststellen. In der DDR sollte nichtkonformes Denken unter Intellektuellen, Kritik an der politischen und ideologischen Praxis keinen Raum gewinnen (Kafka-Konferenz, Havemann etc.). Mit einem Frontalangriff auf dem berüch-

tigten 11. „Kultur"-Plenum im Dezember 1965 verteidigte die SED-Führung konsequent ihr Monopol auf gesellschaftspolitische Zwecksetzung, ohne dabei auf Methoden unmittelbarer Gewalt, wie in den 50er Jahren, zurückzugreifen. Die Herrschaftstechniken der 60er Jahre zielten auf Integrationseffekte und Disziplinierung: Für politische Anpassungsbereitschaft und parteikonformes Engagement wurde materieller Wohlstand in Aussicht gestellt.

Politische Konfliktsituationen (wie erneut im August 1968) waren für die SED-Rundfunkbürokraten jeweil Anlaß, die „Kaderkenntnis zu vertiefen" und „Unklarheiten und Schwankungen abzustellen". Die Bilanz des Jahres 1968 in der DDR ist, daß es der SED-Politbürokratie wieder einmal gelang mit einer Welle disziplinarischer Maßnahmen ihre Richtlinienkompetenz im Partei- und Staatsapparat, sowie gegenüber anderen Institutionen und Oranisationen durchzusetzen und letzlich Hoffnungen auf eine sozialistische Perspektive zu ersticken.

Im September 1968 wurde die Teilung des Staatlichen Rundfunkkomitees in ein Staatliches Komitee für Fernsehen und ein Staatliches Komitee für Rundfunk vollzogen, zurückzuführen vor allem auf den gestiegenen Stellenwert des Fernsehens, das nun nicht mehr als eine Unterabteilung des Rundfunkkomitees geführt wurde.

In den 70er Jahren stand die SED-Hörfunkpolitik im Spannungsfeld von internationaler Öffnung und innerer Abgrenzung. Eine Folge der Abgrenzungspolitik zur BRD war die Umbenennung des Deutschlandsenders im November 1971 in „Stimme der DDR" und die Einstellung der speziell auf Westberlin orientierte „Berliner Welle". Damit wurde auch der Anspruch aufgegeben, gezielt für Hörer in der Bundesrepublik senden zu wollen.

Nach dem Durchbruch zur internationalen Anerkennung fand eine Verlagerung vom Kampf mit den westlichen Massenmedien zur Auseinandersetzung mit ihnen statt. Die Berichterstattung über den Westen wurde formaler, beschränkt auf das Krisengeschehen im Kapitalismus und die Zustimmung zu östlichen Ereignissen und Vorschlägen. Mit dem Ausbau des Informations- und Unterhaltungsangebotes übernahm der Hörfunk zunehmend „Dienstleistungsfunktion". Rückblickend hat die Ausbürgerung von Wolf Biermann aus der DDR im November 1976 eine gewaltige, lange nachwirkende Lawine in der Kultur- und Medienpolitik der DDR ins Rollen gebracht, die von der SED-Politbürokratie durch Abschieben des Konfliktpotentials in den Westen nicht aufgehalten werden konnte. Zusätzlich brach mit der weltweit vollzogenen völkerrechtlichen Anerkennung der DDR für die SED-Führung ein neues Konfliktfeld auf. Nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte von Helsinki im August 1975 beriefen sich immer mehr DDR-Staatsbürger auf ihr Menschenrecht, den Wohnsitz frei zu wählen, und stellten einen Ausreiseantrag. In Ideologiebereichen, wie dem Staatsrundfunk wurden Ausreisebegehren besonders hart geahndet. In der Regel erfolgte die fristlose Entlassung, verbunden

mit einem „Hausverbot“ aufgrund der innerbetrieblich geltenden Disziplinar- und Arbeitsordnung.

Zusammenfassend ist zu beschreiben, daß der gesamte SED-Propaganda- und Agitationsapparat auf die Funktionalisierung der Medien und ihre Instrumentalisierung unter dem Diktat der Politik ausgerichtet war.

(Stand: Juli 1993)